

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

**58. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom
9. bis 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teilnehmer der deutschen Delegation	2
1.1. Deutscher Bundestag	2
1.2. Bundesrat	2
2. Ablauf der Tagung	2
2.1. Politischer Ausschuss (PC).....	2
2.2. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)	6
2.3. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC).....	9
2.4. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)	12
2.5. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC).....	16
2.6. Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)	19
3. Plenarsitzung	20
4. Entschlüsse	25

Die 58. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 9. bis 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, statt.

1. Teilnehmer der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

1.1. Deutscher Bundestag

Abgeordneter Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,

Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,

Abgeordneter Uwe Beckmeyer (SPD),

Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),

Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),

Abgeordneter Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Johannes Pflug (SPD),

Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),

Abgeordneter Paul Schäfer (DIE LINKE.),

Abgeordneter Dr. Rainer Stinner (FDP).

1.2. Bundesrat

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,

Minister Jörg Geibert (CDU), Thüringen,

Senator Ulrich Mäurer (SPD), Bremen,

Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt,

Minister Dr. Dietmar Woidke (SPD), Brandenburg.

2. Ablauf der Tagung

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am Samstag, 10. November 2012, und am Sonntag, 11. November 2012, statt. Das Plenum tagte am Montag, 12. November 2012.

2.1. Politischer Ausschuss (PC)

2.1.1. Vortrag von Jiri Schneider, stellvertretender Außenminister der Tschechischen Republik, zum Thema „NATO und die Prioritäten der Tschechischen Republik in der Außen- und Sicherheitspolitik“

Der Minister skizzierte die Prioritäten der tschechischen Außenpolitik, darunter insbesondere die transatlantischen Beziehungen, regionale Kooperationen sowie die europäische Integration. Die NATO sei dabei eine wesentliche Säule. Die Tschechische Republik unterstütze die Ziele des Strategischen Konzeptes der NATO vollumfänglich. Zu den größten Sicherheitsgefahren gehörten aus Sicht seines Landes insbesondere *cyber*-Angriffe. Als einen Kraftakt, der unumgänglich sei, bezeichnete er das Projekt *smart defence*. Er hoffe, dass

die sogenannte Visegrad-Gruppe hierzu hilfreiche Beiträge leisten werde. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Rainer Stinner** (Deutschland) nannte er als Beispiele für gute Ansätze eine Forschungsk Kooperation zwischen der Tschechischen Republik und Polen und eine gemeinsame Munitionslagerung mit der Slowakei. Darüber hinaus habe sich die Tschechische Republik an der Mission *air policing in the Baltic States* beteiligt. Die Visegrad-Gruppe plane, bis 2016 eine gemeinsame Kampftruppe aufzubauen. Damit das *smart defence* Konzept funktioniere, müssen sich eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und eine allgemeine Bereitschaft zu regionaler Kooperation herausbilden. Hierfür bedürfe es der Unterstützung der Parlamente. Angesichts sinkender Beiträge europäischer Mitgliedstaaten zu den Kapazitäten der NATO warnte er vor der Gefahr „kollektiver Bedeutungslosigkeit“. In diesem Zusammenhang nannte er als größte aktuelle Herausforderungen die Finanzkrise, das abnehmende Gewicht von Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa, die zu große Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und deren Hinwendung zum asiatischen Raum. Er äußerte die Befürchtung, dass sich das transatlantische Band nach Abschluss des *ISAF*-Einsatzes in Afghanistan weiter zurückbilden werde.

2.1.2. Beratung des Generalberichts Entwurfes zum Thema „Der Arabische Frühling: Auswirkungen auf die euroatlantische Sicherheit“ von Generalberichterstatter Assen Agov (Bulgarien)

Der Generalberichterstatter **Assen Agov** (Bulgarien) präsentierte seinen Bericht, der über den Stand des „Arabischen Frühlings“ und dessen Relevanz und Herausforderungen für die transatlantische Sicherheitszusammenarbeit informiert. Es sei eine Gratwanderung, demokratische Bestrebungen zu unterstützen und zugleich die Zusammenarbeit mit den alten Regimen in der Region, wie etwa den Golfstaaten, nicht abbrechen zu lassen. Die Instabilität des Umbruchs, der jederzeit in einen Bürgerkrieg umschlagen könne, und die anhaltende Gewalt in Syrien brächten ein enormes Sicherheitsrisiko mit sich. Dem stehe die Staatengemeinschaft mangels einheitlicher Linie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machtlos gegenüber, was der Berichterstatter angesichts der täglich wachsenden Opferzahlen nachdrücklich bedauerte.

In der anschließenden Diskussion warnte Abgeordneter **Rainer Stinner** (Deutschland) vor einer militärischen Intervention in Syrien. Die Mehrheit der Delegierten schloss sich dem an, sprach sich aber für ein wirtschaftliches Embargo gegen das syrische Regime aus. Der Berichterstatter forderte von der Russischen Föderation eine stärkere Bereitschaft zur Kooperation mit der NATO. Einigkeit bestand auch hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Allianz, Lösungen für die Flüchtlingsproblematik an der türkischen Grenze zu finden.

2.1.3. Vortrag von Dr. Karl Heinz Kamp, Direktor der Forschungsabteilung des NATO Defence College zum Thema „Die Nato nach Afghanistan“

Nach Darstellung des Experten Dr. Karl Heinz Kamp ist die *ISAF*-Mission in den letzten Jahren ein wichtiges Bindeglied für den Zusammenhalt der Allianz gewesen. Für die Zeit danach benannte er vier wesentliche Herausforderungen: Erstens die Finanzkrise und die damit verbundenen Einschnitte in die Verteidigungshaushalte der NATO-Mitgliedstaaten, zweitens die Konzentration der Vereinigten Staaten auf den asiatischen Raum, drittens eine aggressivere Politik der Russischen Föderation und viertens eine wachsende Instabilität der MENA (*Middle-East and North-Africa*)-Region. Den *smart defence* Ansatz halte er grundsätzlich für sinnvoll, sehe aber einen stärkeren Abstimmungsbedarf zwischen den Mitgliedstaaten. Der Einsatz in Libyen habe gezeigt, dass die NATO-Mitgliedstaaten durchaus zu mehr Kooperation in der Lage seien. Zu beobachten sei hingegen eine Tendenz zu einer Renationalisierung der Verteidigungsindustrie. Das transatlantische Verhältnis bezeichnete er als stabil, da beide Seiten nach wie vor hiervon profitierten, auch wenn die Lastenteilung sehr zu Ungunsten der amerikanischen Seite ausfalle. Er erinnerte an die beachtlichen gegenseitigen Abhängigkeiten in der transatlantischen Zusammenarbeit. Die zunehmenden Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten im asiatischen Raum sollten weniger als Problem, denn als Anlass betrachtet werden, die internationale Sicherheitsstruktur in eine neue Balance zu bringen. Zu berücksichtigen sei auch, dass die Russische Föderation deutlich an Einfluss verloren habe. Statt Reformanstrengungen zu unternehmen, blockiere sie immer wieder gemeinsame internationale Vorhaben, um eigene Interessen durchzusetzen. In der anschließenden Diskussion machte er deutlich, dass ein *opting out* einiger Mitgliedstaaten bei gemeinsamen NATO-Interventionen das transatlantische Verhältnis mehr belasteten als budgetäre Entscheidungen. Von einigen

Delegierten wurde allerdings in Zweifel gezogen, ob Libyen als positives Beispiel einer gemeinsamen NATO-Aktion gewertet werden könne.

2.1.4. Geplante Aktivitäten im Jahr 2013

Die Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen), und der Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, Abgeordneter **John Dyrby Paulsen** (Dänemark), unterrichteten über die in 2013 anstehenden Aktivitäten. Angekündigt wurde insbesondere eine gemeinsame Reise des „Unterausschusses Transatlantische Beziehungen“ mit dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit nach Berlin, Potsdam, Ramstein und Stuttgart, die sich auf die Prioritäten deutscher Verteidigungspolitik, Afghanistan, die MENA-Region und die NATO nach Afghanistan konzentrieren wolle.

2.1.5. Redebeitrag des US-Kongressabgeordneten Mike Turner (Vereinigte Staaten), Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten zum Thema „US Congressional Perspectives on European Defence Budget“

Der Abgeordnete Mike Turner (Vereinigte Staaten) erläuterte den von ihm verfassten und vorab an die Mitglieder der Versammlung übermittelten Brief zum Thema Kongressinitiativen zum Abzug amerikanischer Truppen aus Europa. Er schilderte Gesetzesinitiativen im Kongress, die darauf abzielten, die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa erheblich zu reduzieren. Diese zunehmende Tendenz des Rückzugs aus der transatlantischen Verantwortung sei Folge der unzureichenden Beiträge der europäischen Partner zu NATO-Kapazitäten. Er nannte diese Entwicklung ein „alarmierendes Missverständnis der Bedeutung des NATO-Bündnisses“. In der anschließenden Diskussion bezeichnete er diesen Trend als nicht abgeschlossen und forderte die Mitglieder der Versammlung auf, im Kongress für einen Zusammenhalt der Allianz zu werben.

2.1.6. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ über „Haushaltszwänge: eine Herausforderung für den Zusammenhalt des Bündnisses“, vorgelegt von Berichterstatter John Dyrby Paulsen (Dänemark)

Berichterstatter **John Dyrby Paulsen** (Dänemark) stellte seinen überarbeiteten Bericht vor, wobei er den Aspekt eines ausgewogenen *burden sharing* als wesentlich für den Zusammenhalt der Allianz unterstrich. Damit *smart defence* funktioniere, bedürfe es einer besseren Kooperation der NATO-Mitgliedstaaten untereinander und eines neuen Verständnisses nationaler Souveränität. Bisher seien die NATO-Mitglieder zu sehr auf die Absatzmärkte ihrer eigenen Rüstungsindustrie konzentriert. Das Bündnis müsse sich stärker vergegenwärtigen, dass die Sicherheitsstruktur von morgen angesichts aufstrebender Schwellenländer, deren Verteidigungshaushalte kontinuierlich steigen, eine andere sei, als in den Zeiten des Kalten Krieges. Er unterstrich die Bedeutung eines Post-NATO-Engagements in Krisengebieten und sprach sich in diesem Zusammenhang zugunsten eines Besuchs einer Delegation der NATO PV in Libyen aus.

2.1.7. Vortrag von Dr. Jan Sir, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Internationale Studien der Karls-Universität Prag zum Thema „Zentralasien und die Transition in Afghanistan“

Nach Darstellung von **Jan Sir** ist Zentralasien von der westlichen Außenpolitik lange Zeit nicht ausreichend beachtet worden. Vor allem aufgrund der direkten Grenze zu Afghanistan komme der Region jedoch eine wichtige strategische Bedeutung zu, die auch in der Post-*ISAF*-Phase nicht abnehmen werde. Die Kämpfe um Wasserressourcen, Grenzziehungen und Minderheitenrechte hätten enormes Eskalationspotential und erforderten eine internationale Strategie für eine kontinuierliche Konfliktprävention in der Region. Dies sei umso schwieriger, als zahlreiche Probleme des Landes auch auf transnationale Zusammenhänge zurückzuführen seien. So gehe der florierende Drogenhandel auch auf die Nachfrage aus den westlichen Staaten zurück. Im Rahmen der anschließenden Diskussion sprach er den zunehmenden Einfluss Chinas in der Region an. Das

Ansehen der Russischen Föderation habe demgegenüber merklich abgenommen, was sich unter anderem daran zeige, dass immer weniger Menschen in der Region Russisch lernten.

2.1.8. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ über „Afghanistan und die Sicherheit in Südwestasien“, vorgelegt von Berichterstatter Daniel Bacquelaine (Belgien)

Nach Berichterstatter **Daniel Bacquelaine** (Belgien) sei die Transition in Afghanistan in vollem Gang. Einiges sei erreicht worden, wie der Zugang zu Bildung und zu Gesundheitsleistungen. Ob die *ISAF*-Mission insgesamt erfolgreich gewesen sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden. Er unterstrich die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die Stabilisierung Afghanistans und der Region über den Abzug der *ISAF* hinaus. Ein neues Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sei erforderlich. Die Intensivierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten Afghanistans, insbesondere den rivalisierenden Staaten Iran und Pakistan, sowie die Bekämpfung des Drogenhandels seien die größten Herausforderungen. Gegenstand der dem Bericht nachfolgenden Diskussion waren daneben weitere Themen zur Lage in Afghanistan, wie insbesondere die zunehmende wirtschaftliche Dominanz Chinas und die nach wie vor instabile Situation von Frauenrechten. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Rainer Stinner** (Deutschland) erläuterte der Berichterstatter die Bedeutung eines verbesserten Verhältnisses der Vereinigten Staaten und Irans und die Beziehungen zwischen der afghanischen Regierung unter Hamid Karsai und dem Iran.

2.1.9. Beratung des Berichts der Sondergruppe Mittelmeerraum und Naher Osten (GSM) über „Entwicklungen in Syrien: Sicherheitsfolgen für die Region und darüber hinaus“, vorgelegt von Berichterstatterin der GSM Raynell Andreychuk (Kanada)

Die Berichterstatterin **Raynell Andreychuk** (Kanada) beschrieb die Uneinigkeit der syrischen Opposition, den zunehmenden Einfluss extremistischer Kräfte aus dem In- und Ausland und die hohe Zahl an syrischen Flüchtlingen, welche insbesondere für die Nachbarstaaten eine enorme Belastung darstellten, als wesentliche Herausforderungen des syrischen Bürgerkrieges. Ziel der internationalen Gemeinschaft sollte sein, die Opposition zu einen und die Regierungen der Russischen Föderation und Chinas dazu zu bringen, das Assad-Regime nicht länger bedingungslos zu unterstützen. Es bedürfe einer gemeinsamen Position innerhalb des UN-Sicherheitsrates. Sie schloss eine Intervention in Syrien, sollten politische Lösungen weiterhin nicht realisierbar sein, nicht aus. In der nachfolgenden Diskussion lobte Minister **Rainer Robra** (Deutschland) den differenzierten Bericht und erklärte sein Unverständnis für jüngste Interviewäußerungen Assads, die zeigten, wie weit er sich von der Realität entfernt habe. Abgeordneter **Rainer Stinner** (Deutschland) begrüßte, dass die Berichterstatterin ausdrücklich nicht eine *militärische* Intervention als Alternative zu Verhandlungslösungen aufzeige. Er nannte die steigende Zahl an Flüchtlingen eine menschliche Tragödie und forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, Flüchtlinge aufzunehmen.

2.1.10. Abstimmung über die Entschließungsentwürfe zu „Die NATO nach Chicago“ und „Entwicklungen in Syrien: Sicherheitsfolgen für die Region und darüber hinaus“

Nach Befassung mit zehn Änderungsanträgen wurde die Entschließung „Die NATO nach Chicago“ mit zahlreichen Änderungen angenommen. Ebenso die Entschließung „Entwicklungen in Syrien: Sicherheitsfolgen für die Region und darüber hinaus“, zu der sechs Änderungsanträge eingebracht worden waren.

2.1.11. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Neu gewählt wurden die Abgeordneten **Rob Bishop** (Vereinigte Staaten) und **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) als stellvertretende Vorsitzende des Politischen Ausschusses und Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) als stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Für den Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ wurde **John Dyrby Paulsen** (Dänemark) als Vorsitzender, **Mario**

Diaz-Balart (Vereinigte Staaten) als stellvertretender Vorsitzender und **Jadwiga Zakrzewska** (Polen) als Berichterstatterin gewählt.

2.2. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

2.2.1. Vortrag von Dr. Alexandr Vondra, Verteidigungsminister der Tschechischen Republik zum Thema „Schwerpunkte und Herausforderungen der Tschechischen Republik nach dem Chicago-Gipfel“

Der Minister hob die Bedeutung des NATO-Gipfels im Jahre 2002 in Prag hervor, bei der die Gründung der NATO-Eingreiftruppe beschlossen sowie die NATO-Osterweiterung maßgeblich vorangetrieben worden sei. Angesichts der aktuellen Eurokrise bezeichnete er die Kürzungen der Verteidigungshaushalte in den NATO-Mitgliedstaaten als alarmierend, betonte aber zugleich, dass sich die Qualität der Streitkräfte nicht nach dem Anteil der Militärausgaben am nationalen Haushalt messen ließe. Mit Senkung des tschechischen Verteidigungsetats um 12 Prozent etwa seien zugleich Strukturen und Abläufe effizienter gestaltet worden.

In der anschließenden Debatte sprach sich der Minister, insbesondere angesichts der zunehmenden Orientierung der Vereinigten Staaten nach Asien, für ein zwischen den Mitgliedstaaten abgestimmtes Beschaffungswesen und eine Stärkung des Zusammenhalts innerhalb des Bündnisses aus.

2.2.2. Vortrag von Generalleutnant Petr Pavel, Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Tschechischen Republik zum Thema „Die Streitkräfte der Tschechischen Republik - Reformschwerpunkte und Beteiligung an laufenden NATO-Einsätzen“

Generalleutnant Petr Pavel versicherte, dass tschechische Streitkräfte trotz beachtlicher Ausgabenkürzungen auf Grundlage eines Strategiepapiers für den Zeitraum 2013 bis 2015 ihren Beitrag zur Sicherheit des Bündnisses leisteten. Als Beispiel für die von Verteidigungsminister Vondra angesprochenen Strukturreformen nannte er die Einrichtung eines gemeinsamen Stabsquartiers von Heer und Luftwaffe in Prag. Die multinationale Zusammenarbeit werde als immer wichtiger erachtet, weshalb tschechische Streitkräfte bei einem Viertel aller *Smart-Defence*-Projekte der NATO beteiligt seien.

2.2.3. Diskussion zur Rolle der NATO bei der Sicherung des Seeverkehrs und der Pirateriebekämpfung mit Vizeadmiral Christian Canova, stellvertretender Kommandeur des NATO Maritime Command (Northwood) und Patrick van Eeerten, Einsatzleiter bei der Firma Jumbo Shipping (Rotterdam)

Vizeadmiral Christian Canova informierte über die drei laufenden Haupteinsätze des *NATO Maritime Command (MARCOM)*, die Operationen *Unified Protector (OUP)*, *Active Endeavour* und *Ocean Shield*. Ein Grund für den Erfolg der Operation *Unified Protector* im libyschen Bürgerkrieg 2011 sei das gute Zusammenwirken mit der Operation *Active Endeavour* gewesen. Ein Beispiel für eine erfolgreiche maritime Partnerschaft sei die Operation *Ocean Shield* in Zusammenarbeit mit *European Union Naval Force*, bei der unter anderem die Russische Föderation, Iran, Indien und China beteiligt seien. Erfolge seien auch bei der Pirateriebekämpfung erzielt worden. Im Jahre 2009 habe die Zahl der Piratenangriffe bei 130 und die der Entführungen bei 45 gelegen, wohingegen im Jahr 2012 nur noch 20 Überfälle und sieben Entführungen zu verzeichnen gewesen seien.

Nach Patrick van Eeerten seien Piraten eines der größten Hindernisse für die Handelsschifffahrt. Die Unternehmen seien gezwungen, auf private Sicherheitsdienste zurückzugreifen, da viele Staaten der Piraterie nicht mehr Herr würden. Private Sicherheitsunternehmen seien jedoch aufgrund rechtlicher Beschränkungen in ihren Handlungsspielräumen stark eingeschränkt, insbesondere was die Lagerung und den Transport von Waffen angehe. Er forderte eine Regulierung auf internationaler Ebene in diesem Bereich.

In der anschließenden Diskussion sprachen sich einige Abgeordnete dafür aus, den Einsatz der NATO entsprechend dem der EU (*ATALANTA*) auf das Festland zu erweitern. Angesprochen wurde auch die große Diskrepanz zwischen Festnahmen und tatsächlichen Gerichtsverfahren. 90 Prozent der festgenommenen Piraten würden wieder auf freien Fuß gesetzt, da es bis heute an einer international zuständigen Gerichtsbarkeit fehle.

2.2.4. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ über „Die Herausforderungen der Piraterie: Die internationale Antwort und die Rolle der NATO“, vorgelegt von Berichterstatter Raymond Knops (Niederlande)

Der Berichterstatter führte einige positive Entwicklungen bei der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf. Die NATO-Operation *Ocean Shield* und die EU-Operation *ATALANTA* hätten sich in den letzten vier Jahren gut ergänzt. Sollte der NATO-Einsatz entsprechend dem *ATALANTA*-Einsatz ebenfalls auf das Festland ausgedehnt werden, müsse darauf geachtet werden, dass sich die Verantwortungsbereiche der beiden Einsätze nicht überschneiden. Weitere positive Entwicklungen im Bereich der Pirateriebekämpfung seien die Ratifizierung des Verhaltenskodex von Dschibuti der *Internationale Maritim Organization* im Mai 2012 durch Südafrika, der Regierungswechsel in Somalia sowie die zweite Istanbul-Konferenz, bei der die wirtschaftlichen Ursachen der Piraterie diskutiert wurden. Die rechtliche Behandlung von privaten bewaffneten Sicherheitsdiensten sei innerhalb der Allianz und der EU stark umstritten und Gegenstand unterschiedlichster nationaler Gesetzgebungsbemühungen. Belgien, Frankreich und die Niederlande seien gegen ihre Zulassung, während Spanien und teilweise auch Dänemark sie erlaubten.

Gegenstand der Diskussion über den Berichtsentwurf war unter anderem die Gefahr einer Ausweitung des Wirkungskreises terroristisch motivierter Piraterie, wie Angriffe etwa auf Infrastrukturen der Gasgewinnung.

2.2.5. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ über das Thema „Fähigkeit und Ansprüche vereinbaren: Die NATO bis 2020“, vorgelegt von Berichterstatterin Nicole Ameline (Frankreich)

Nach Ansicht der Berichterstatterin sei Krisenmanagement ein immer bedeutenderer Bestandteil der NATO-Missionen. Wie die Einsätze auf dem Balkan, in Afghanistan und in Libyen gezeigt hätten, müssten neben eine militärische auch eine politische und eine zivile Dimension der NATO treten. Darüber hinaus müsse die Zusammenarbeit mit der EU verstärkt werden.

Die Diskussion des Berichts befasste sich unter anderem mit den Kürzungen im US-amerikanischen Verteidigungsetat und dem damit verbundenen Rückzug von US-Truppen aus Europa.

2.2.6. Vortrag von Dr. Alexander Cooley, Professor für Politikwissenschaften am Barnard College der Columbia University zum Thema „Afghanistan und der NATO-Truppenabzug, regionale Dynamiken und ihr Einfluss auf die Sicherheit“

Nach Dr. Alexander Cooley hätten die Nachbarstaaten zwar ein Interesse an Frieden und Sicherheit in Afghanistan, sie verfolgten jedoch sehr unterschiedliche Ziele im Umgang mit der Situation in Afghanistan. Als entscheidenden Akteur in Afghanistan nannte Dr. Alexander Cooley China, das neben zahlreichen wirtschaftlichen Investitionen, wie das Projekt zur Entwicklung der Aynak Kupfermine und eine Ölleitung im Norden Afghanistans, die Stabilität seiner Provinz Xinjiang im Blick habe.

Insgesamt fehle ein regionales Kooperationsforum. Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit fördere zwar Kooperationen zur Grenzsicherung und setze erfolgreich Drogenbekämpfungsmaßnahmen um, ihr fehle jedoch eine breite regionale Unterstützung. Im Übrigen verfolgten die Russische Föderation und China sehr unterschiedliche Interessen innerhalb der Organisation. Während die Russische Föderation sie als sicherheitspolitisches Forum begreife, nutze China die Organisation für seine wirtschaftliche Expansion. Eine Gefahr für die Sicherheit der Region Zentralasien, die für alle NATO-Mitgliedstaaten eine wichtige Handelsroute darstelle, seien neben einer unzureichenden Kooperation und einer zunehmenden Militarisierung und Verkrustung

der Grenzen zunehmende Spannungen zwischen einzelnen Staaten, wie etwa Zwischen Usbekistan und Tadschikistan aufgrund des von Tadschikistan geplanten Baus des Rogun-Staudammes. Indien habe seinerseits starkes Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans, um den politischen Einfluss Pakistans sowie den wirtschaftlichen Einfluss Chinas einzudämmen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion begrüßte die afghanische Delegation das Engagement Indiens, zeigte sich jedoch besorgt über dessen Spannungen im Verhältnis zu Pakistan und deren Folgen für das afghanisch-pakistanische Verhältnis.

2.2.7. Beratung des Generalberichtsentwurfes sowie Entschließungsentwurfes zu „Afghanistan: Bis 2014 und danach“, vorgelegt von Generalberichterstatter Sven Mikser (Estland)

Nach Präsentation des Generalberichtsentwurfes entstand eine Diskussion über den Abzug aus Afghanistan und die Gefahr einer erneuten Destabilisierung des Landes. Generalberichterstatter Sven Mikser erläuterte, dass zwar bisherige Truppenabzüge die ISAF-Mission nicht beeinträchtigt hätten, weitere den bisher erreichten Sicherheitsstatus jedoch gefährden könnten. Die russische Delegation äußerte sich besorgt, dass infolge des endgültigen Abzugs der ISAF-Truppen eine Verlagerung des Drogenhandels in den Norden Afghanistans und die im Nordwesten angrenzenden Nachbarstaaten, darunter die Russische Föderation, stattfinden werde. Abgeordneter **Johannes Pflug** (Deutschland) sprach das Problem an, dass aufgrund der fehlenden Mittel im afghanischen Haushalt 100.000 ausgebildete Sicherheitskräfte nicht mehr finanziert werden könnten. Es bestehe die Gefahr, dass sie sich den Taliban anschließen. Generalberichterstatter Sven Mikser bestätigte diese Einschätzung und hielt es für entscheidend, dafür zu sorgen, dass diese gut ausgebildeten Afghanen ihre Kräfte nicht in den Dienst derer stellen, die nicht an einer Entwicklung des Landes interessiert seien.

Im Rahmen der Diskussion des Entschließungsantrages brachte die russische Delegation einen Änderungsantrag ein, wonach zukünftige Militäreinsätze in Afghanistan nur auf der Grundlage einer Entschließung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erfolgen sollten. Die deutsche Delegation stellte einen Änderungsantrag zur Problematik von *Insider*-Angriffen. Die ursprünglich im Berichtsentwurf gewählte Formulierung „*green on blue attacks*“ sollte zugunsten der Formulierung „*insider attacks*“ geändert werden. Die Bezeichnung „*green on blue attacks*“ beschreibe lediglich Angriffe durch Angehörige der afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF), wohingegen die ANSF oftmals selbst Opfer von Angriffen sei. Der Antrag wurde vom Ausschuss angenommen.

2.2.8. Vortrag von Dr. Benjamin Scheer, stellvertretender Leiter und Dozent des Zentrums für strategische und Verteidigungsstudien am College of Asia and the Pacific der Australischen Nationaluniversität zum Thema „NATO-Partnerschaft: Asien-Pazifik“

Die Zusammenarbeit mit asiatischen Ländern und dem Pazifikraum sei nach Aussage von Dr. Benjamin Scheer bislang in zweierlei Hinsicht für die NATO von Nutzen gewesen. Sie hätten die NATO im Rahmen der ISAF-Mission unterstützt und seien heute Teil eines globalen Netzwerkes zuverlässiger Partner. Er befürchtete, die europäischen NATO-Staaten würden sich nach dem Abzug aus Afghanistan sicherheitspolitisch wieder auf ihre unmittelbare Nachbarschaft konzentrieren, während für die Vereinigten Staaten Asien mehr und mehr in den Fokus rücke. Um dem entgegenzuwirken sollte die NATO eine Vision für ein breites Engagement in Asien entwickeln.

In der anschließenden Debatte ging es unter anderem um die Rolle der NATO bei der Terrorismusbekämpfung im Süden Asiens. Dr. Benjamin Scheer unterstrich in diesem Zusammenhang, dass der Aufbau vertiefter Beziehungen der Allianz zu Indien überfällig sei. Weiterhin wurde diskutiert, wie die Vereinigten Staaten ihre Doppelrolle als Hauptlastenträger in der NATO und Akteur im Asien-Pazifik-Raum in Zukunft in Einklang bringen könnten. Nach Einschätzung von Dr. Benjamin Scheer würden die Vereinigten Staaten ihre Präsenz im Nahen Osten erhalten, aber zunehmend versuchen, Lasten an die europäischen NATO-Partner abzutreten. Ob das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu China auf Konkurrenz oder auf Zusammenarbeit basiere, sei hingegen noch nicht ausgemacht.

2.2.9. Personalien

Alle zur Wiederwahl zugelassenen Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ wurde **Raymond Knops** (Niederlande) gewählt, seine Stellvertretung übernahm **Joao Rebelo** (Portugal). Zum Berichtsersteller wurde **Xavier Pintat** (Frankreich) benannt.

Stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ wurden **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich), **Jeff Miller** (USA) sowie **Giovanni Torri** (Italien).

2.3. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 10. November 2012, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Petras Austrevicius** (Litauen).

2.3.1. Überblick über Tagesordnung und Themen

Zentrale Themen der Sitzung waren die Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise, Herausforderungen für die MENA-Region und die Interessenlage in der Arktis.

2.3.2. Vortrag von **Pavel Kohout**, Direktor für Strategie bei **Partners Financial Services** und Mitglied des nationalen Wirtschaftsbeirates der tschechischen Regierung, zum Thema „Der tschechische Ansatz bei der Eurokrise“

Pavel Kohout nannte die Bankenkrise, die Staatsschuldenkrise sowie Handelsungleichgewichte als Ursachen für die Eurokrise. Bei der Bankenkrise habe das Überangebot an billigen Krediten in keinem Verhältnis mehr zum Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Länder gestanden, so dass das Platzen der Kreditblase nur eine Frage der Zeit gewesen sei. In seinen Ausführungen benannte er Ursachen der negativen Entwicklung, u.a. die übermäßige Ausgabenpolitik durch die Einführung der staatlichen sozialen Sicherungssysteme in den 1970er Jahren. Eine rasant steigende Staatsverschuldung sowie Steuererhöhungen führten zu einer Abflachung des Wachstums. Er beschrieb das Zusammenwirken von Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und steigender Arbeitslosigkeit als Teufelskreis. Auch sah er im niedrigen Niveau des Leitzins' bei Einführung des Euro eine Ursache. **Pavel Kohout** wies darauf hin, dass sich höhere Steuern und Arbeitszeitverkürzungen negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirkten. Abschließend empfahl er den Abbau von Bürokratie und Steuern, die für die Wirtschaft hinderlich seien. Die Ausgabenpolitik der Länder müsse an ihre Situation angepasst werden und den Verschuldungsstand berücksichtigen. Er sprach sich für mehr Europa und weniger Zentralisierung bzw. Regulierung aus. Der Abgeordnete **Leon Benoit** (Kanada) bemerkte, in seinem Land seien die Einnahmen trotz Absenkung der Körperschaftssteuer gestiegen. Der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland) erklärte, strukturelle Reformen seien in einzelnen Bereichen wichtiger als Sparmaßnahmen, z.B. um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. In der Arbeitsmarktpolitik müsse man eine Balance finden zwischen Regulierung und Deregulierung. Er thematisierte die Verantwortung des Finanzsektors für die Krisenbeschleunigung und sprach sich für die Finanztransaktionssteuer aus. Dabei stünden nicht die Steuereinnahmen im Fokus, sondern eine Dämpfung des Hochfrequenzhandels. **Pavel Kohout** sah in strukturellen Reformen den Schlüssel. Nicht Mangel an Regulierung, sondern asymmetrische Regulierung habe zur Finanzkrise geführt. Man müsse die Mikrostruktur des Marktes analysieren und Anomalien beseitigen. Mehrere Mitglieder kritisierten den Redner, die Banken von aller Schuld an der Krise freizusprechen. **Pavel Kohout** erklärte, es sei ein Fehler gewesen, den *Glass-Steagall Act* zu widerrufen, das Trennbankensystem sei sinnvoll gewesen. Die Zukunft der Wohlfahrtsstaaten sah er in einer Form von limitierten Sozialstaaten. Abschließend sagte er, jedes Land habe andere Voraussetzungen, deshalb gebe es keine einheitlichen Lösungen.

2.3.3. Vortrag von Mats Karlsson, Direktor im Center for Mediterranean Integration (CMI), Marseille, zum Thema „Aufbau einer Wirtschaft im Mittelmeerraum“

Nur mit Hilfe wirtschaftlicher Integration werde es in der MENA-Region eine funktionierende politische Transformation geben, erklärte **Mats Karlsson** einleitend mit Blick auf die erfolgreiche postkommunistische Entwicklung in Osteuropa. Aus seiner Sicht sei es wichtig zu erkennen und zu akzeptieren, dass die Prioritäten aus den Ländern selbst kommen müssten. Er warb für eine Stärkung der lokalen Eigenverantwortung. Die wirtschaftliche Situation müsse durch eine Anbindung an die Weltwirtschaft stabilisiert und langfristige Investitionen für Arbeitsplätze gesichert werden. Schnelle Erfolge seien möglich, aber für langfristige Stabilität brauche man Reformen. Mats Karlsson thematisierte einen Sozialvertrag mit den dortigen Gesellschaften. Die EU müsse auch die restriktiven Regelungen im Bereich der Freizügigkeit überdenken. Er warb dafür, den Ländern die Mitgliedschaft in Institutionen anzubieten, um den direkten Dialog zu ermöglichen und eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen anzustoßen.

2.3.4. Zukünftige Aktivitäten

Im Jahr 2013 stünden die Industriebereiche im Fokus, die wichtig seien für das Wirtschaftswachstum der Zukunft, sagte der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, Abgeordneter **Leon Benoit** (Kanada). Dazu sei auch ein Besuch in Deutschland geplant. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“, Abgeordneter **Gianni Verneti** (Italien), berichtete, die Zukunftsaussichten einer dynamischen Mittelmeerwirtschaft seien das Thema des Berichts des Unterausschusses im nächsten Jahr.

2.3.5. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Wirtschaftsmöglichkeiten, umweltpolitische Verpflichtungen und Sicherheitsinteressen in der Arktis“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Jeppe Kofod (Dänemark)

Der Berichterstatter **Jeppe Kofod** fasste den Berichtsentwurf kurz zusammen und erklärte abschließend, die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Region würden zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anrainerstaaten führen; zukünftige Spannungen müssten verhindert werden. In der Diskussion erklärte ein russischer Abgeordneter, man teile die Besorgnis und negativen Prognosen nicht, die Veränderungen stellten keine Bedrohung dar. Die Abgeordnete **Ragnheidur Arnadottir** (Island) sprach sich dafür aus, die Region wegen ihrer Bedeutung regelmäßig in der Versammlung zu thematisieren. Sie bezeichnete die regionale Zusammenarbeit als sehr erfolgreich und betonte die Bedeutung des Arktischen Rates bei der Lösung von Problemen. Der Ausschuss stimmte dem Bericht mit geringfügigen Änderungen zu.

2.3.6. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zum Thema „Der Arabische Frühling: Wirtschaftliche Dimensionen und Herausforderungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneter Uwe Karl Beckmeyer (Deutschland)

Für den abwesenden Berichterstatter Uwe Karl Beckmeyer stellte der Abgeordnete **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) den Berichtsentwurf vor. Mit Bezug auf die Schlussfolgerungen erklärte er, die Herausforderungen für die Regierungen der Länder des Arabischen Frühlings seien sehr groß, weil nahezu alle Bereiche berührt seien. Er betonte, Frauen seien bisher auf den Arbeitsmärkten kaum vertreten, aber eine potentielle Quelle für wirtschaftliche Dynamik. In der Diskussion mahnte der Senator **Lamberto Dini** (Italien) eine Zurückhaltung der westlichen Länder an. Man solle den Ländern in der Region nicht diktieren, was zu tun sei, sondern ihnen ihre Handlungsfreiheit lassen und sie bei ihren Bemühungen nachhaltig unterstützen.

Der Bericht wurde mit einigen Veränderungen einstimmig angenommen.

2.3.7. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Entstehung, Ursachen und Implikationen der Eurokrise“, vorgelegt vom Ausschussvorsitzenden und amtierenden Generalbericht-erstatte Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen)

Der amtierende Generalberichterstatter und Ausschussvorsitzender Abgeordneter **Petras Austrevicius** erklärte zusammenfassend, die gemeinsame Ablehnung einer Fiskalunion bei der Einführung des Euro habe sich als Fehler erwiesen, das Finanzsystem sei unvollständig und damit anfällig gewesen. In der Diskussion berichtete der Abgeordnete **Evangelos Basiakos** (Griechenland) über die Entwicklungen und Fortschritte in seinem Land. Man habe ein umfangreiches Sparpaket auf den Weg gebracht und mehrere Strukturreformen beschlossen. Der Senator **Elio Lannutti** (Italien) äußerte sich besorgt über die antieuropäische Stimmung in vielen Ländern, da die Bürgerinnen und Bürger unter der Krise sehr zu leiden hätten.

Der Ausschuss nahm den Bericht mit einigen Veränderungen und Aktualisierungen an.

2.3.8. Vortrag von Dr. Benjamin Schreer, stellvertretender Leiter und Dozent des Strategic and Defence Studies Centre, School of International Political & Strategic Studies, College of Asia and the Pacific, Australian National University, zum Thema „Eine Bewertung des Übergangs in Afghanistan“

Dr. Benjamin Schreer erklärte einleitend, um die verbleibende Zeit noch sinnvoll nutzen zu können, müsse man sich endlich der afghanischen Wirklichkeit stellen. Die Zentralregierung in Kabul sei ein ausländisches Konstrukt und habe kaum Einfluss in der ländlichen Region, die Einführung westlicher Vorstellungen sei in weiten Teilen gescheitert. Auch sei die Wirtschaft sehr weit davon entfernt autark zu sein. 97 % des Bruttoinlandsprodukts kämen aus ausländischen Quellen, daher bedeute der Abzug der Streitkräfte an dieser Stelle einen dramatischen Einbruch. Für die Erreichung des kurzfristigen Ziels einer erfolgreichen Transition und des langfristigen Ziels einer nachhaltigen Stabilisierung brauche es lokale und afghanische Lösungen, die die afghanische Identität förderten. Dr. Benjamin Schreer benannte als Kernelemente den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF), die Verbesserung der Regierungsführung, Fortführung des Friedensprozesses, verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern sowie die wirtschaftliche Entwicklung. Er sah keine Alternative zur langfristigen Finanzierung des Staates und seiner Sicherheitsorgane. Die afghanische Armee (ANA), die ab 2015 die tragende Säule der Sicherheit im Land sein werde, benötigte schwere, taktischen Waffen sowie Elemente einer Luftwaffe. Ein weiterer Fokus müsse auf der Stärkung des afghanischen Staates und seiner Verfassung liegen, das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System durch eine legitime und handlungsfähige Regierung gestärkt werden. Abschließend betonte er die Notwendigkeit der Schwächung der Taliban. Themen in der Diskussion waren der Anstieg des Drogenhandels und der Konflikt mit Pakistan, insbesondere mit Blick auf die Taliban in der Paschtun-Region.

2.3.9. Beratung des Entschließungsentwurfs „Wirtschaftliche Chancen, umweltpolitische Verpflichtungen und Sicherheitsinteressen in der Arktis“, vorgelegt von Bericht-erstatte Abgeordneter Jeppe Kofod (Niederlande)

Der Berichterstatter erklärte, in diesen Text seien die Schlussfolgerungen des Berichtes eingeflossen. Das fragile Gleichgewicht dieser Region benötige einen besonderen Schutz und deshalb sollten Konflikte einvernehmlich gelöst werden. Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen angenommen, die von der russischen Delegation eingebracht wurden. Die positiven Aspekte der Entwicklungen sollten stärker betont werden.

2.3.10. Bericht des Leiters der US-amerikanischen Delegation, Kongressabgeordneter Michael Turner, über die Sicht des US-Kongresses auf die europäischen Verteidigungs-haus-halte

Der Kongressabgeordnete **Michael Turner** berichtete den Delegierten über einen Antrag im Kongress, den finanziellen Anteil für Verteidigungsausgaben in Europa zu reduzieren, damit die Verbündeten einen höheren Anteil ihrer Verteidigungskosten selbst tragen. Begründung sei, dass in Zeiten finanzieller Engpässe auch die

USA ihre Verteidigungsausgaben überprüfen und ggf. die Prioritäten verändern müssten. Er gehe nicht von einer Mehrheit für den Antrag aus. Dieser bringe jedoch die Besorgnis der USA zum Ausdruck, dass mit der Reduzierung der Ausgaben der europäischen Partner sich auch die Kapazitäten und Fähigkeiten der NATO insgesamt verringern. Man könnte nicht davon ausgehen, dass das Engagement der USA auf dem aktuellen Niveau dauerhaft erhalten bleibe. Den Parlamenten sollte bewusst werden, dass der Beitrag der USA zukünftig auch vom finanziellen Engagement der Partner in Europa abhängen werde. In der Diskussion erklärte der Senator **Lamberto Dini** (Italien), in Zeiten der finanziellen Krise sei es unmöglich, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland) wies darauf hin, dass Deutschland für 2013 den Ansatz zum dritten Mal in Folge erhöht habe, auch um die Bundeswehr zu reformieren und effizienter zu gestalten. Er sprach sich dafür aus, die Diskussion zu dem Thema fortzusetzen und die Statistik über die Ausgaben regelmäßig zu aktualisieren. Der Senator **Philippe Mahoux** (Belgien) ergänzte, eine Steigerung der Effizienz und der Fähigkeiten durch eine verstärkte Kooperation in Europa müsse das Ziel sein.

2.3.11. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Euro-Krise: Verteidigungs- und sicherheitspolitische Auswirkungen“, vorgelegt vom Ausschussvorsitzenden und amtierenden Generalberichterstatter Abgeordneter Petras Austrevicius (Litauen)

Der Ausschussvorsitzende erklärte, der Text sei thematisch weiter gefasst als der Generalbericht, weil es notwendig sei, die Wirkung der Krise auf die Verteidigungshaushalte aufzugreifen. Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen angenommen.

2.3.12. Personalien

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Abgeordnete **Ivans Klementjevs** (Lettland) und zum Generalberichterstatter wurde der Abgeordnete **Jeppie Kofod** (Niederlande) gewählt. Im Unterausschuss „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ ist die Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) neue stellvertretende Vorsitzende. Für den Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ wurde der Abgeordnete **Diego Lopez Garrido** (Spanien) zum stellvertretenden Vorsitzenden und die Abgeordnete **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) zur Berichterstatterin gewählt. Alle anderen Funktionsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

2.4. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

2.4.1. Überblick über die Themen

Im Mittelpunkt der Beratungen standen der Entschließungsantrag der Generalberichterstatterin des Ausschusses, Abgeordnete **Ulla Schmidt**, über „den Übergang zur Demokratie im Nahen Osten und in Nordafrika“ und ihr Bericht zum Thema „Konsolidierung der Revolutionen in Nordafrika“. Die Ausschussmitglieder diskutierten dazu mit **Hamed Abdel-Samad**, deutsch-ägyptischer Autor und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz, über „die Lehren des Arabischen Frühlings und seine Auswirkungen auf die Euro-Atlantische Gemeinschaft“. Sie sprachen mit **Bochra Bel Haj Hmida**, Mitbegründerin und ehemalige Präsidentin der tunesischen Vereinigung demokratischer Frauen, über „die Rolle der Frauen im Arabischen Frühling“. Ferner wurde der Entschließungsantrag des Berichterstatters **Lucio Malan (Italien)** zum Thema die „Zukunft der Demokratie in der östlichen Nachbarschaft“ und sein Bericht über die „Kräfte des Wandels und der Kontinuität in Russland: nationale und internationale Auswirkungen“ beraten. Dazu hörten die Abgeordneten einen Beitrag von **Ondrej Soukup**, Journalist der tschechischen Zeitung *Hospodarske Noviny* über interne Entwicklungen in Russland und ihre möglichen Auswirkungen auf die Beziehungen Russlands zur Euro-Atlantischen Gemeinschaft. Weiterhin beriet der Ausschuss den Berichtsentwurf des Sonderberichterstatters **Vitalino Canas** (Portugal) zum Thema „der Personenverkehr im Mittelmeerraum: neue Trends und Herausforderungen“. Dazu sprach **Dr. Rolf Schwarz**, Politischer Referent in der Abteilung Naher Osten und Nordafrika der NATO über „die Beziehungen der NATO zur Region Naher Osten und Mittelmeer“. Auf der Tagesordnung stand ferner ein

Bericht von **Mari Skaare**, Sonderbeauftragte der NATO für Frauen, Frieden und Sicherheit, über die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der VN und ähnlicher Resolutionen durch die NATO.

2.4.2. Vortrag von Hamed Abdel-Samad, deutsch-ägyptischer Autor und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz, über „die Lehren des Arabischen Frühlings und die Auswirkungen auf die Euro-Atlantische Gemeinschaft“

Hamed Abdel-Samad erklärte, die politischen Erdbeben, die eine Reihe von Regierungen in der Region gestürzt hätten, hätten nicht überall zu mehr Demokratie geführt, aber die internen Verwerfungen in den jeweiligen Gesellschaften offengelegt. Im Mittelpunkt des Arabischen Frühlings stehe eine junge Generation, die im Umgang mit Kommunikation und Internet versiert sei und in einer offeneren Gesellschaft als der ihrer Eltern leben möchte. Das Internet habe den festen Griff der Regime auf den Informationszugang langsam ausgehöhlt und damit den „Arabischen Frühling“ erst möglich gemacht. Allerdings stehe es nicht nur demokratischen Kräften zur Verfügung, sondern werde auch von Fundamentalisten genutzt. Derzeit spiele sich ein Machtkampf zwischen demokratischen und fundamentalistischen Kräften ab. Den westlichen Regierungen empfahl er, den neuen Regierungen in der Region nicht den Willen abzusprechen, ihre Politik mit Demokratie kompatibel zu gestalten. Zu den weiteren Herausforderungen für den Westen zählten der Friedensprozess im Nahen Osten und die demographische Entwicklung. Die autoritären Vorgängerregierungen hätten ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung Abkommen mit Israel getroffen. Nun steige der Druck der Straße, diese neu zu verhandeln. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sei die Jugendarbeitslosigkeit besorgniserregend und könnte zu Extremismus führen. Der Westen müsse auf diese Herausforderungen reagieren. Nicht-handeln werde teuer zu stehen kommen.

2.4.3. Vortrag von Bochra Bel Haj Hmida, Mitbegründerin und ehemalige Präsidentin der tunesischen Vereinigung demokratischer Frauen über „Frauen und der arabische Frühling“

Bochra Bel Haj Hmida erläuterte, dass in der Vergangenheit trotz des demokratischen Defizits in der Region paradoxerweise einige Regime den Status der Frauen in der Gesellschaft aufgewertet hätten. In der Folge des „Arabischen Frühlings“ und des Erstarkens religiöser Kräfte müssten Frauen den Verlust ihrer Rechte fürchten. Frauenrechte seien derzeit einer heftigen Debatte unterworfen und islamistische Kräfte versuchten, diese zulasten der Frauen zu beeinflussen und den Boden für eine Abkehr von Frauenrechten zu bereiten. Dazu dienten auch Teile der Familienpolitik. Frauen müssten sich gegen den schleichenden Abbau ihrer Rechte zur Wehr setzen. Der Widerstand mobilisiere sich und nutze dazu soziale Netzwerke im Internet.

2.4.4. Beratung und Verabschiedung des Generalberichtsentwurfes über „die Konsolidierung der Revolutionen in Nordafrika“, vorgelegt von Generalberichterstatterin, Abgeordnete Ulla Schmidt

Die Generalberichterstatterin, Abgeordnete **Ulla Schmidt**, betonte, die Geschwindigkeit des Wandels in der Region sei hoch, verbunden damit sei aber auch ein hoher Grad an Unvorhersehbarkeit. Besonderes Augenmerk verdienten die neu entstandenen Parteien. In Tunesien, dem Ausgangspunkt des „Arabischen Frühlings“, seien die größten Fortschritte festzustellen, und das Land habe das Potential, ein Modellfall für die arabische Welt zu werden. Allerdings gebe es noch Probleme im Zusammenhang mit der Erstellung der neuen Verfassung. Diese beträfen vor allem Fragen der Gleichberechtigung. In Ägypten hätten die Wahlen gezeigt, dass die Gesellschaft noch sehr gespalten sei. Die Institutionen des Landes spiegelten dies allerdings noch nicht wider. Auch sei die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung einseitig konservativ. Positiv hervorzuheben sei die zivile Vormachtstellung über die Streitkräfte. Bezüglich Libyens begrüßte sie die erfolgreiche Durchführung der Parlamentswahlen und den Sieg moderater Kräfte. Allerdings gebe die Sicherheitslage Anlass zur Sorge. Im Land bewegten sich zahlreiche bewaffnete Gruppierungen außerhalb jeder staatlichen Kontrolle. Angesichts der facettenreichen Bevölkerungsgruppen sei die Bildung staatlicher Institutionen schwierig. Aus ihrer Sicht sei die Lage in Libyen fragiler als in anderen Staaten der Region. In Marokko habe es einige Reformen gegeben, die Druck vom Establishment genommen hätten. Jedoch sei die Stabilität nicht garantiert und weitere Modernisierungsbemühungen seien notwendig.

Die Berichterstatterin wies ferner auf das Erstarken salafistischer Bewegungen hin. Diese stellten sich in sehr unterschiedlicher Ausprägung dar. Diejenigen mit gewaltbereiter, jihadistischer Ausrichtung seien eindeutig in der Minderheit. Die demokratischen Revolutionen hätten keinen anti-westlichen Hintergrund gehabt. Die Bereitschaft salafistischer Parteien, am demokratischen Prozess teilzuhaben, solle nicht geringgeschätzt werden. Ebenso wenig dürfe man den Widerstand der Bevölkerung gegen Gewalt und Extremismus unterschätzen. Für die weitere Entwicklung mitentscheidend sei, wie die Frage der Gleichstellung der Geschlechter behandelt werde. Der Westen solle sehr differenziert auf die Fortschritte der Länder mit individuellen Angeboten zur Unterstützung reagieren. Dabei solle es keine grundsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den neuen Parteien geben, sondern deren Arbeit vor dem Hintergrund demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien analysiert und, falls gewünscht, gefördert werden. Hilfe solle auch der Zivilgesellschaft zuteilwerden.

2.4.5. Geplante Aktivitäten im Jahr 2013

Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag von Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** zu, ihre Arbeit zur Lage im Nahen Osten und in der Mittelmeerregion fortzusetzen. Zustimmung erhielt ferner der Antrag des Berichterstatters **Lucio Malan (Italien)**, einen Bericht über die Situation in Georgien zu erstellen. Außerdem wurde beschlossen, Informationsbesuche in Deutschland, Georgien und möglicherweise auch im westlichen Balkan durchzuführen.

2.4.6. Vortrag von Mari Skaare, Sonderbeauftragte der NATO für Frauen, Frieden und Sicherheit, über die Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrates der VN und ähnlicher Resolutionen durch die NATO

Mari Skaare berichtete über ihre Tätigkeit als Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der NATO für Frauen, Frieden und Sicherheit. Grundlage für ihre Arbeit seien die Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates aus dem Jahre 2000 sowie ähnliche Resolutionen, die sich mit den Rechten von Frauen in Konflikten und als Opfer, Mittlerinnen in der Konfliktlösung und Helferinnen beim Wiederaufbau beschäftigten. Frauen seien in kriegsrischen Konflikten besonders verwundbar. Gleichzeitig könnten Frauen eine wichtige Rolle bei der Konfliktlösung spielen. Daher fordere die Resolution 1325 auf, Frauen verstärkt in Institutionen mitwirken zu lassen, die sich mit Konfliktprävention, -management und -lösung befassen. Die NATO bemühe sich verstärkt um Belange der Frauen. So habe die Allianz Genderexperten und besondere Berater in den Hauptquartieren der Missionen in Afghanistan und Kosovo platziert. Mari Skaare erklärte ferner, zu ihrer Arbeit gehöre auch die generelle Förderung von Frauen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung.

2.4.7. Vortrag von Ondraj Soukup, Journalist der tschechischen Zeitung Hospodarske Noviny über interne Entwicklungen in Russland und ihre möglichen Auswirkungen auf die Beziehungen Russlands zur Euro-Atlantischen Gemeinschaft.

Ondraj Soukup vermutete, die jüngsten Maßnahmen der russischen Regierung gegen Oppositionelle deuten eine große Nervosität im Kreml an und seien ein Zeichen dafür, dass dort der Verlust der Kontrolle befürchtet werde. Die stillschweigende Übereinkunft der russischen Bevölkerung mit Präsident Putin sei in Auflösung begriffen. Innerhalb des Führungszirkels spiele sich ein Machtkampf um das weitere Vorgehen ab, und der könne zu einer weiteren Verschärfung des aktuellen Kurses führen. Außenpolitisch werde die russische Führung das Bild eines belagerten Landes kultivieren, nicht zuletzt auch, um jegliche Einwirkung von außen in die nationale Politik zu verhindern.

2.4.8. Beratung und Verabschiedung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ über „die Kräfte des Wandels und der Kontinuität in Russland: nationale und internationale Auswirkungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Lucio Malan (Italien)

Der Berichterstatter **Lucio Malan** (Italien) stellte einige positive Entwicklungen, insbesondere die im Anschluss an die landesweiten Proteste im vergangenen Jahr angekündigten Liberalisierungsmaßnahmen, dar. Dieser Trend sei nun allerdings umgekehrt und striktere Regeln für Nichtregierungsorganisationen und oppositionelle Tätigkeit seien eingeführt worden. Er betonte, sein Bericht beabsichtige primär, eine Analyse zu liefern und nicht Kritik. Er halte die Maßnahmen allerdings für ungeeignet, das Ziel nachhaltiger Stabilität zu erreichen. Stattdessen plädiere er für einen Dialog mit der Opposition und eine graduelle Liberalisierung. Russland könne von stärkerer Medienfreiheit und politischer Vielfalt profitieren. Russlands fortdauernde Fähigkeit, Einfluss auf das internationale Geschehen zu nehmen, hänge auch von seinem Willen ab, eine konstruktive Rolle in internationalen Krisen zu spielen.

2.4.9. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „der Personenverkehr im Mittelmeerraum: Neue Trends und Herausforderungen“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Vitalino Canas (Portugal)

Der Sonderberichterstatter **Vitalino Canas** (Portugal) empfahl, die auf Europa zukommenden Flüchtlingszahlen im globalen Maßstab zu betrachten. Denn der Großteil der weltweiten Flüchtlinge treffe keineswegs in Europa oder anderen wohlhabenden Ländern ein. Tatsächlich seien Entwicklungsländer die Empfängerländer von 85 Prozent aller Flüchtlinge. Dennoch seien die Belastungen durch die Flüchtlingskrise im ersten Halbjahr 2011 für einige europäische Länder groß gewesen. Die Türkei müsse aktuell syrische Flüchtlinge aufnehmen. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass ein Mechanismus zur gerechten Verteilung der Lasten aus den verschiedenen Flüchtlingswellen fehle. Für die NATO empfahl der Berichterstatter die Verbesserung des Krisen- und Notfallmanagements. Das Euro-Atlantische Koordinationszentrum für Katastrophenhilfe (EADRCC, Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Center) solle Unterstützung für von Flüchtlingen betroffene Länder zur Verfügung stellen.

2.4.10. Vortrag von Dr. Rolf Schwarz, Politischer Referent in der Abteilung Naher Osten und Nordafrika der NATO über „die Beziehungen der NATO zur Region Naher Osten und Mittelmeer“

Dr. Rolf Schwarz stellte die zum Teil langjährigen Beziehungen der NATO zu den Staaten der Region dar. Diese hätten die Unterstützung durch eine große Zahl von Staaten für die Flugverbotszone über Libyen erleichtert. In Zukunft wolle die NATO die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern stärker individualisieren und an den jeweiligen Bedürfnissen ausrichten. Dabei müsse mit hoher Sensibilität vorgegangen werden, u.a. damit die Kooperationsangebote der NATO nicht als Einmischung empfunden würden.

2.4.11. Abstimmung über den Entschließungsentwurf zum Thema „der Übergang zu Demokratie im Nahen Osten und in Nordafrika“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin, Abgeordnete Ulla Schmidt

Der Entschließungsentwurf wurde nach kurzer Debatte und der Verabschiedung von drei Änderungsanträgen angenommen.

2.4.12. Abstimmung über den Entschließungsentwurf zum Thema „die Zukunft der Demokratie in der östlichen Nachbarschaft“, vorgelegt vom Berichterstatter, Lucio Malan (Italien)

Der Entwurf wurde angenommen. Hinsichtlich eines von der amerikanischen und der lettischen Delegation eingebrachten Änderungsantrages, Georgien in den Entwurf aufzunehmen, kam es zu einer längeren Debatte. Schließlich einigten sich die Ausschussmitglieder darauf, die neue georgische Regierung zu einer effektiven Zusammenarbeit mit dem Staatspräsidenten aufzufordern.

2.4.13. Personalien

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit, **Lord Joplin** (Großbritannien), die stellvertretenden Vorsitzenden, **Marc Angel** (Luxemburg), **Vicenzo Bianco** (Italien) und **Jo Ann Emerson** (Vereinigte Staaten) sowie die Generalberichterstatterin, Abgeordnete **Ulla Schmidt**, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Neu gewählt wurde Sonderberichterstatter **Witold Waszczykowski** (Polen). Neuer Vorsitzender des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ wurde **Vitali Canas** (Portugal). Bestätigt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden **Jane Cory** (Kanada), **Joelle Garraud-Maylam** (Frankreich) und **Mati Raidma** (Estland).

2.5. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am 11. November 2012 unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen).

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: CBRN-Abwehr, ein Statusbericht zur Klimadebatte im Jahr 2012, das Atomprogramm des Iran, die Zukunft der Nuklearenergie nach Fukushima und der Einsatz von Drohnen.

2.5.1. Vortrag von Oberst Vratislav Osvald, NATO Exzellenzzentrum für die Gemeinsame CBRN-Abwehr, über die Arbeit des Zentrums

In seinem Vortrag schilderte Oberst **Vratislav Osvald** die chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen und stellte die Mechanismen zu ihrer Abwehr vor. Dafür schuf die NATO 2007 im tschechischen Vyskov ein Gemeinsames Exzellenzzentrum zur CBRN-Abwehr. Oberst Vratislav Osvald erläuterte zunächst die globalen CBRN-Bedrohungen und stellte fest, dass der Abwehrschwerpunkt heute stärker auf Prävention und Schutz liege als früher. Dabei verfüge die NATO über sehr viel Expertise in den einzelnen Bündnisländern, das Exzellenzzentrum diene der Bündelung dieses Know-hows und spiegele die Absicht der NATO wieder, sich den neuen heraufziehenden Bedrohungen anzupassen. Kritisch sei dabei, die Balance zu halten zwischen der notwendigen Geheimhaltung von Daten und dem Erfordernis nach Informationsaustausch, der nach Oberst Vratislav Osvalds Ansicht dringend zwischen den zivilen und militärischen Einrichtungen der NATO-Länder ausgebaut werden müsse.

Der Ausschussvorsitzende leitete die Diskussion mit der Frage ein, wie denn der Informationsaustausch bei gleichzeitiger Geheimhaltungsverpflichtung gewahrt werde. Die gleiche Frage warf Abgeordnete **Anne Taylor** (Vereinigtes Königreich) auf und wollte darüber hinaus wissen, wie das *Centre of Excellence* finanziert werde. Oberst **Vratislav Osvald** verwies auf Mechanismen, die zur Wahrung der Geheimhaltung angewendet würden, und beantwortete die Frage nach der Finanzierung damit, dass jedes Mitgliedsland einen Beitrag zum Budget des Exzellenzzentrums entrichte; über die Mittelverwendung entscheide ein Budgetgremium des Zentrums.

2.5.2. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ zum Thema „Die Nuklearenergie nach Fukushima“, vorgestellt vom Berichterstatter Abgeordneter Philippe Vitel (Frankreich)

Der Berichterstatter erläuterte einleitend, dass er mit dem vorgelegten Bericht drei Ziele verfolge: den Vorfall in Fukushima beschreiben und analysieren, die Reaktionen in den einzelnen Ländern darlegen und schließlich die gegenwärtigen Entwicklungen beim Reaktorbau skizzieren. Der Abgeordnete **Philippe Vitel** bezeichnete die Kernenergie als umweltfreundlich, effizient und preiswert; sie habe an dem Energiemix der NATO-Länder einen erheblichen Anteil. Allerdings räumte der Berichterstatter ein, dass einzelne Staaten als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe in Japan ihr Energieversorgungskonzept verändert hätten. Gemeinsam sei allen Staaten, dass wegen des Fukushima-Desasters die Sicherheitsmaßnahmen bei den Meilern verschärft worden seien.

Anschließend bot der Ausschuss einem offiziellen Vertreter Koreas Gelegenheit, über die Konsequenzen zu berichten, die sein Land aus dem Reaktorunglück in Japan gezogen habe. Korea betreibe 22 Reaktoren und beabsichtige nicht, diese stillzulegen, sondern ihre Sicherheitsvorkehrungen zu optimieren. Gehör finde jedoch auch die neu entstandene Antiatomkraftbewegung in der südkoreanischen Bevölkerung. So habe die Regierung Südkoreas beschlossen, alternative Energien verstärkt zu fördern und ihren Anteil beim Energiemix auszuweiten.

Der Abgeordnete **Osman Bak** (Türkei) ergriff bei der Diskussion als Erster das Wort und zeigte sich beunruhigt über ein Atomkraftwerk Armeniens nahe der türkischen Grenze. Die Laufzeit dieses mit veralteter Technologie ausgestatteten Reaktors solle über das Jahr 2020 hinaus verlängert werden. Von vorneherein sei der Standort wegen seiner Erdbebengefährdung ungeeignet gewesen. Der Abgeordnete **Nikolaj Makarow** (Russische Föderation) hob einleitend die großen Verdienste Frankreichs hervor, was die wissenschaftliche Erforschung der Kernenergie und der Reaktorsicherheit anbelange. Der als Folge von Fukushima durchgeführte Stresstest bei russischen Atommeilern habe gezeigt, dass die AKWs in seinem Land effizient und störungsfrei laufen. Dagegen zeigte sich der Abgeordnete **Andrius Mazuronis** (Litauen) beunruhigt über ein Atommeilerprojekt, das Weißrussland mit russischer Unterstützung nur 50 Kilometer von Vilnius entfernt umsetze. Nicht nur was sein Land Litauen betreffe, generell sollten bei grenznahen AKW-Bauten die Stellungnahmen und Befindlichkeiten des Nachbarlandes berücksichtigt werden. Berichterstatter Abgeordneter **Phillipe Vitel** resümierte, dass die IAEA als für Reaktorsicherheit zuständige Behörde von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt und gestärkt werden müsse. Darüber hinaus plädierte er für mehr Transparenz bei Störfällen.

Ohne Gegenstimmen nahmen die Ausschussmitglieder den Bericht an.

2.5.3. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Das iranische Atomprogramm: eine Bewertung der Absichten des Iran“, vorgelegt vom Berichterstatter Abgeordneten David Scott (Vereinigte Staaten)

Abgeordneter **David Scott** betonte eingangs, wie sehr Eile geboten sei bei dem Problem mit dem iranischen Atomprogramm, dessen Waffentauglichkeit für ihn außer Frage stehe und damit eine erhebliche globale Gefahr darstelle. Mit dem vorgelegten Bericht und der daraus abgeleiteten Entschliebung sende der Ausschuss ein klares, jedoch friedliches Signal an den Iran. Zugleich äußerte David Scott seine Enttäuschung über die jüngsten Entwicklungen im Iran, die kaum Anlass für Optimismus böten, und plädierte deshalb für ein robusteres Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber Iran.

Der Abgeordnete **Philippe Vitel** (Frankreich) leitete die Diskussion mit dem Petitum ein, den Dialog mit dem Iran fortzusetzen und bewertete gleichzeitig die von der EU verhängten Sanktionen als unzureichend. Der Berichterstatter pflichtete dem Wunsch nach Fortsetzung der Gespräche bei und bestätigte, dass es im Sanktionssystem Lücken gebe, die vom Internationalen Währungsfonds auch identifiziert worden seien. Der Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) begrüßte die im Dezember 2012 anstehenden Verhandlungen der Internationalen Atomenergiebehörde mit dem Iran, zeigte sich zugleich jedoch skeptisch über die Wirksamkeit der EU-Sanktionen. Der Abgeordnete **Osman Bak** (Türkei) sprach sich gegen ein militärisches Eingreifen als *ultima ratio* im Iran aus; die Türkei als Nachbarland würde davon unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Parallel zu den EU-Sanktionen müsse die Staatengemeinschaft auf die Mitakteure China und Indien, von denen der Handelsboykott unterlaufen werde, Druck ausüben. Der Abgeordnete **Nikolaj Makarow** (Russische Föderation)

kritisierte den Berichtsentwurf als unausgewogen. Auch sei die NATO PV die falsche Plattform, um über das Nuklearprogramm Irans zu diskutieren; das Thema sei bei der IAEA besser aufgehoben. Schließlich lehnte Abgeordneter Nikolaj Makarow eine militärische anstelle einer friedlichen Lösung entschieden ab.

Mit einer Gegenstimme wurde der Entwurf des Generalberichtes von den Ausschussmitgliedern verabschiedet.

Die inhaltlich in die gleiche Richtung zielende Entschließung wurde mit einer Gegenstimme von den Mitgliedern des Ausschusses gebilligt.

2.5.4. Vortrag von Achim Maas, Potsdamer Institut für nachhaltige Entwicklung (IASS), zum Thema: „Klimaveränderungen und Sicherheitsaspekte - ein Statusbericht über die wissenschaftliche und politische Debatte im Jahr 2012“

Achim Maas vermittelte den Ausschussmitgliedern zunächst einen Überblick über die gegenwärtigen Diskussionen zur Erderwärmung und bedauerte, dass s. E. die vereinbarten Ziele, die globale Erwärmung bis 2050 auf zwei Grad plus zu begrenzen, wohl nicht erreicht würden, weil der politische Wille fehle. Sollten sich die Vorhersagen bestätigen, und die Temperatur bis zur Jahrhundertmitte um vier Grad ansteigen, dann sei weltweit mit gravierenden Folgen zu rechnen.

Die Auswirkungen und Folgen des Klimawandels für die internationale Sicherheit seien - so Maas weiter - z. B. eine Verknappung von Lebensmitteln und Wasser bei einer steigenden Weltbevölkerung. Die bislang von Menschen unangetastete Arktis könnte zu einem Hotspot werden, weil durch die Klimaerwärmung die Ausbeutung der Bodenschätze erleichtert und Schiffspassagen über die Nordroute möglich werden. Als weitere gefährdete Regionen nannte Achim Maas Zentralasien, Nordafrika und den südlichen Mittelmeerraum; dort überall könnten Konflikte ausbrechen. Steige der Meeresspiegel an, betreffe das Millionen von Küstenbewohnern. Ferner müsse mit einer zunehmenden Zahl von starken Unwettern, Überschwemmungen und Stürmen gerechnet werden. Die Politik reagiere darauf zu langsam und zu zaghaft. Zwar seien von der Vollversammlung wie auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2007 und 2011 Resolutionen zum Klimawandel verabschiedet worden, verbindliche Vorgaben oder konkrete Sanktionen bei Verstößen gegen Umweltauflagen beinhalteten sie jedoch nicht. Abschließend mahnte Achim Maas eindringlich angemessene politische Maßnahmen an.

In die Diskussion führte der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) mit der Frage ein, ob die NATO zukünftig ihr Aufgabengebiet mehr auf zivile als militärische Aspekte kalibrieren sollte, was vom Klimaexperten als eine Möglichkeit gesehen wurde. Der Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) räumte ein, die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise dränge Klimafragen in den Hintergrund und er fragte, wie diese Thematik wieder ins Zentrum des politischen Interesses gerückt werden könnte. **Achim Maas** entgegnete, je eher mit effizienten Maßnahmen begonnen werde, desto geringer fielen die Folgekosten von klimabedingten Schäden in der Zukunft aus. Als gutes Beispiel für eine rechtzeitige internationale Befassung mit Klimaproblemen oder sich abzeichnenden Konflikten nannte Achim Maas den Arktisrat, wo nicht nur die Anrainerstaaten, sondern auch indigene Bevölkerungsgruppen vertreten seien. Die Abgeordnete **Maria Martens** (Niederlande) erkundigte sich danach, wie die globale Erwärmung gemessen werde; worauf **Achim Maas** erläuterte, dass es über den gesamten Erdball verteilt mehr als 1000 Messstationen gäbe, die permanent zuverlässige Daten lieferten. Der Senator **Edmund Wittbrodt** (Polen) verwies auf die vielen kritischen Stimmen zu den Messdaten. **Achim Maas** erläuterte, dass nicht nur ein Institut, sondern viele internationale unabhängige Sachverständige, wie sie auch im IPCC vertreten sind, bei mehreren Klimaszenarien zu ein und demselben Ergebnis gekommen seien und ein sofortiges umfassendes Gegensteuern einhellig forderten. Achim Maas empfahl den Ausschussmitgliedern nicht auf globale Regelungen zu warten, sondern bereits auf niedrigerer - lokaler und regionaler - Ebene Projekte und Kooperationen anzustoßen.

2.5.5. Beratung des Sonderberichts Entwurfs zum Thema „Unbemannte Flugkörper: Chancen und Herausforderungen für das Bündnis“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)

Senator **Pierre Claude Nolin** erläuterte in seinem Sonderbericht die jüngsten technischen und politischen Entwicklungen zum Drohneneinsatz. Damit sprach er eine der augenfälligsten Fähigkeitslücken des Bündnisses an - die zu geringe Anzahl von Drohnen. Erläutert wurden auch die Fragen, wie diese unbemannten Flugkörper in bestehende Verteidigungskonzepte der Armeen in den Bündnisländern einbezogen werden, ob und wie die Bündnispartner dabei kooperieren könnten. Ferner beschäftigte sich der Berichterstatter mit der Frage, wie Drohnen zur Terrorbekämpfung eingesetzt werden könnten und die damit verbundenen rechtlichen Aspekte zu bewerten seien.

2.5.6. Wahl der Mandatsträger im Ausschuss und Unterausschuss

Die wiederwählbaren Mandatsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt; folgende Funktionen wurden neu besetzt:

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Stellvertretender Ausschussvorsitzender **David Scott** (Vereinigte Staaten)

Generalberichterstatter **Stephen Gilbert** (Vereinigtes Königreich)

Unterausschuss „Energie- und Umweltsicherheit“

Ausschussvorsitzender **Philippe Vitel** (Frankreich)

Stellvertretender Ausschussvorsitzender **Gergely Olosz** (Rumänien)

Berichterstatter **Osman Askin Bak** (Türkei)

2.5.7. Zukünftige Aktivitäten

Für das Jahr 2013 stellte der Ausschussvorsitzende Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) den Ausschussmitgliedern Besuche in Israel sowie den Niederlande und Texas in Aussicht. Als inhaltliche Schwerpunkte nannte der Ausschussvorsitzende: Verbesserung der Infanteriefähigkeiten der NATO, Energiesicherheit für die Streitkräfte und Zukunft der Luftstreitkräfte.

2.6. Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)

Themen des Ständigen Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschusses am Freitag, dem 9. November 2012, waren die Rolle und die Prioritäten Chinas in einer globalen Sicherheitsstruktur.

Präsident **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** führte hierzu einleitend aus, dass China als bevölkerungsstärkste und zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt zwar in den letzten Jahren seine militärischen Fähigkeiten verstärkt und seine Beziehungen zur NATO intensiviert habe, bis zu einer stabilen NATO-China-Partnerschaft jedoch noch ein langer Weg zu beschreiten sei.

Professor **Jing Men**, Lehrstuhl des InBev-Baillet Latour Fonds für EU-China-Beziehungen in der Forschungsabteilung „Internationale Beziehungen und Diplomatie der EU“ des Europakollegs in Brügge, führte diese Analyse in ihrem Vortrag weiter aus. In den letzten dreißig Jahren habe sich China zu einer beachtlichen

Wirtschaftsmacht entwickelt. Im Zuge dessen habe auch eine Modernisierung der militärischen Fähigkeiten, insbesondere der Luftstreitkräfte, stattgefunden, die jedoch vorrangig einer Stärkung der eigenen Wirtschaft gedient und keine spezifischen sicherheitspolitischen Ziele verfolgt habe. Auf der Ebene internationaler Zusammenarbeit sei China nach wie vor in der Rolle des „Entscheidungsnehmers“ und weniger des „Entscheidungsgebers“. China habe deshalb traditionell mäßig Interesse, sich an internationalen Organisationen zu beteiligen. Mit seinem Beitritt zur *World Trade Organisation (WTO)* 2001 habe sich China erstmalig aktiv der internationalen Gemeinschaft zugewandt. Die chinesische Außenpolitik konzentriere sich angesichts einer immer komplexeren internationalen Sicherheitslage heute vorrangig auf die Beziehungen mit seinen Nachbarn, insbesondere in Zentralasien und im Süden Asiens. Auch hierbei stehe das Ziel der Verteidigung des wirtschaftlich Erreichten vor globalen sicherheitspolitischen Fragen. Die Staatsführung habe erst jüngst bekräftigt, dass China vorrangig auf das Prinzip der Verteidigung setzen wolle, wobei nationale Souveränität und der Grundsatz gegenseitiger Nichteinmischung Priorität genießen würden. Hieraus erkläre sich auch Chinas zurückhaltende Position zu Syrien.

In der anschließenden Diskussion ging Professorin Jing Men auf Nachfrage des Abgeordneten **Julio Miranda Calha** (Portugal) auch auf die Interessen Chinas in Afrika ein. China unterhalte aktive Handelsbeziehungen, insbesondere mit Ländern südlich der Sahara, insbesondere mit Südafrika. Das Land habe aber aus den Erfahrungen mit Libyen gelernt und sei heute vorsichtiger geworden was sein Engagement in Afrika angehe.

Auch wenn die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eine nicht unwichtige Rolle in der Ausrichtung der chinesischen Außenpolitik, doch sei das Verhältnis zu Russland nach wie vor erheblich enger. Die Zurückhaltung Chinas in Bezug auf Syrien und den Iran sei pragmatischen wirtschaftspolitischen Erwägungen geschuldet und folge dem außenpolitischen Ansatz, auf Dialoge und Diplomatie zu setzen. Auf die Frage des Abgeordneten **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) nach dem Stand politischer Reformen, ging die Professorin auf die tiefe Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung des Landes. Dies führe in der Bevölkerung zunehmend zu Unzufriedenheit. Die chinesische Führung versuche zu beschwichtigen, dass politische Reformen ihre Zeit benötigten. Die rasanten wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre führten jedoch dazu, dass das politische System der Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr gerecht werde. Sie sah insbesondere in diesen sozial- und demokratiepolitischen Fragen großen Handlungsbedarf, spätestens für die nächste chinesische Regierung.

3. Plenarsitzung

3.1. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers

Rückblickend auf seine zweijährige Amtszeit als Präsident der Versammlung erinnerte Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland) an die Leitprinzipien, die er bei seiner Wahl im November 2010 in Warschau ausgegeben hatte: Dialog, Kooperation und Kommunikation. Einen Schwerpunkt seiner Arbeit habe er im Dialog mit neuen Partnern gesehen, etwa zur Unterstützung des Transitionprozesses im arabischen Raum, wie Tunesien, Ägypten und Libyen, und zur Stärkung der Staaten des asiatischen Raumes, wie insbesondere Kirgistan und Kasachstan. Die Wiederaufnahme der Kooperation mit der Russischen Föderation sei ihm in der Zeit nach der russischen Intervention in Georgien und der Isolation auf Ebene der NATO ebenfalls ein wichtiges Anliegen gewesen. Kommunikation zur Vermittlung der Arbeit der Versammlung gegenüber den Bürgern und Regierungen der Mitgliedstaaten durch eine bessere Nutzung sozialer Medien und die Verbesserung des Internetauftrittes der Versammlung betrachte er als eine weitere Errungenschaft seiner Amtszeit. Die gegenwärtigen Herausforderungen für die NATO sah der Präsident in der andauernden Finanzkrise und den damit verbundenen Kürzungen der Verteidigungshaushalte sowie in der Bedrohung durch *Cyber Attacks*. Die wichtigste Aufgabe der NATO sei weiterhin die Stabilisierung Afghanistans. Dem Konflikt in Syrien müsse die Weltgemeinschaft mit einer Stimme begegnen, insbesondere indem sie versuche, die Opposition zu einigen. Er forderte die ukrainische Staatsführung auf, zu demokratischen Prinzipien zurückzufinden. Gegenüber den potentiellen NATO-Mitgliedspartnern – von Bosnien und Herzegowina, Georgien, Montenegro und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien - drückte er seine Freude darüber aus, dass der Einladung, an der Versammlung teilzunehmen, so viele Parlamentarier gefolgt seien.

3.2. Ansprache des Präsidenten des Senates der Tschechischen Republik, Milan Štěch

Senatspräsident Milan Štěch erinnerte an den NATO-Gipfel im Jahre 2002 in Prag, der für sein Land als „*Enlargement Summit*“ einen wichtigen Meilenstein darstelle, insofern als damals sieben weiteren Staaten des ehemaligen Ostblocks Beitrittsgespräche angeboten worden seien. Drei Jahre zuvor sei die Tschechische Republik bereits in das NATO-Bündnis eingetreten, nachdem sie seit ihrer Gründung im Januar 1993 einen wichtigen Transformationsprozess durchlaufen habe. Die NATO habe den Zusammenbruch der Sowjetunion überdauert und spiele heute eine sicherheitspolitisch wichtige Integrationsrolle in Europa und im transatlantischen Verhältnis, wobei die Tschechische Republik ein am Konsens orientierter Bündnispartner sei. Die NATO-Mitgliedschaft seines Landes werde von der tschechischen Bevölkerung mehrheitlich unterstützt. Gleiches gelte für die Mitgliedschaft in der EU, auch wenn die damit einhergehenden Verpflichtungen für sein Land große Anstrengungen erforderten.

3.3. Ansprache der Präsidentin des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, Miroslava Němcová

Präsidentin **Miroslava Němcová** betonte eingangs, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seien die elementaren Grundbedingungen für Sicherheit und Frieden. Die NATO müsse inzwischen zur Verteidigung dieser Werte auf neue Formen des Terrorismus reagieren, um zerstörerische Konflikte zu verhindern bzw. deren Ausbreitung einzudämmen. Für diese Einsätze seien finanzielle Mittel, aber auch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger nötig, wenn eigene Truppen im Ausland eingesetzt werden. Die Parlamentarische Versammlung der NATO sei ein Forum für Diskussionen und als parlamentarische Kontrolle der Regierungen von besonderer Bedeutung. Abschließend erklärte Miroslava Němcová, für die Bürgerinnen und Bürger in den Bündnisländern gelte das Interesse den Themen, die direkte Auswirkungen auf ihr Leben hätten, wie z.B. Sozialpolitik. Der Nutzen einer Verteidigungspolitik sei für viele nicht unmittelbar sichtbar und werde daher oft nicht als notwendig empfunden. Jedoch müsse gerade jetzt in Zeiten knapper Haushaltsmittel daran gearbeitet werden das zu erklären.

3.4. Ansprache des Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Petr Nečas

Ministerpräsident **Petr Nečas** erklärte, aus seiner Sicht sei die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen entscheidend, denn deren Instabilität könne für die Verteidigung bedrohlich werden. Er warb dafür, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein für das Thema zu wecken.

Er verwies auf die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit, nur in einem stabilen Sicherheitsumfeld könnten sich Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln. Er nahm Bezug auf die eigene nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategie und beschrieb die beabsichtigte Transformation der Streitkräfte mit Blick auf zukünftige Einsätze sowie die Teilnahme an Programmen zum militärischen Kapazitätsaufbau. Ferner wies es auf die eigenen Prioritäten im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit im Logistikbereich hin sowie eine verstärkte regionale Zusammenarbeit, z.B. mit der Slowakei. Er mahnte Zeichen der Solidarität innerhalb des Bündnisses, z.B. bei AWACS an. Ministerpräsident Petr Nečas erklärte, sein Land befürworte weitere Beitritte zum Bündnis. Als strategisch wichtig benannte er den Kaukasus. Abschließend erklärte er, die größten Herausforderungen für die NATO-Mitgliedsstaaten seien die aktuellen Haushaltsengpässe, die Perspektive nach ISAF in Afghanistan und die Erweiterung des Bündnisses.

3.5. Ansprache des NATO-Generalsekretärs, Anders Fogh Rasmussen

In seiner Ansprache würdigte NATO-Generalsekretär **Anders Fogh Rasmussen** das unermüdliche Engagement von Präsident Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers und erinnerte an den ersten NATO-Gipfel in Prag 2002 nach dem Ende des Kalten Krieges. Damals begannen die Gespräche mit Beitrittsaspiranten, die mittlerweile verlässliche Bündnispartner geworden seien. Nach wie vor stehe die Tür zur Allianz offen. Einhergegangen mit der Erweiterung sei eine Transformation der NATO - weg von der Konfrontation der Blöcke, hin zu einer Sicherheitspartnerschaft, die sich gegenüber vielschichtigen Herausforderungen zu behaupten habe. Dafür benötige die NATO die erforderlichen Ressourcen. Rasmussen beklagte, dass die Verteidigungsausgaben in

den Bündnisländern gekürzt würden, was sicher der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet sei. Bei wirtschaftlicher Erholung müsse jedoch wieder in die Verteidigung investiert, den Wählerinnen und Wählern verdeutlicht werden, dass es Freiheit in Sicherheit nicht umsonst gebe. Zweifellos werde nämlich die Freiheit attackiert: von Terrororganisationen, die in gescheiterten Staaten Fuß fassten, durch Piraterie, Massenvernichtungswaffen, Angriffe auf die Infrastruktur von Staaten. Bei den Verteidigungsausgaben der NATO sei der „europäische“ Anteil in den zurückliegenden 20 Jahren von 35 auf 23 Prozent gefallen. Das widerspreche dem Credo des Bündnisses, Risiko und Nutzen zu teilen. Ein Blick jenseits des Bündnisgebietes verdeutliche, dass Europa für seine Sicherheit mehr aufwenden müsse, um drei wesentliche Defizite zu kompensieren: Tiefe Einschnitte in den Verteidigungshaushalten führten dazu, dass notwendige Beschaffungen unterblieben, so dass sich eine Fähigkeitslücke auftue. Immer breiter werde die Kluft zwischen den USA und Europa, so dass die Vereinigten Staaten ihr eigenes Engagement in der NATO zunehmend in Frage stellten. Die wachsende - auch militärische - Stärke anderer Länder stelle zwar keine Gefahr dar, verringere jedoch den internationalen Einfluss des Bündnisses. Um das Steuerzahlergeld bestmöglich einzusetzen, habe die Allianz bei ihrem Chicago-Gipfel *smart defence* - leistungsfähigere, kompatiblere - Maßnahmen beschlossen. Vielerorts kooperierten die Bündnisstreitkräfte bereits - ob in Afghanistan, Somalia oder im Kosovo - und die dabei erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen gelte es zu bewahren. Multinational, vernetzt und gemeinsam könne das Bündnis auch zukünftige Herausforderungen meistern. Dass dafür ausreichend Mittel zur Verfügung stehen müssen, dies in den Parlamenten und bei den Wählern zu vermitteln, sei Aufgabe der NATO-Parlamentarier, um deren Unterstützung Rasmussen abschließend bat.

Abgeordnete **Ragnheidur Arnadottir** (Island) bat den Generalsekretär um Auskunft, wie die NATO dazu stehe, dass Schweden und Finnland bei der Luftraumüberwachung im Rahmen des *pooling and sharing* Unterstützung leisteten. **Anders Fogh Rasmussen** begrüßte das Trainingsangebot Finnlands und Schwedens im Rahmen der Nordischen Kooperation. Abgeordneter **Hendrik Ormel** (Niederlande) forderte von der NATO mehr Transparenz und Informationen über die Verwendung der Bündnismitgliederbeiträge und eine engmaschige Kontrolle der Einnahme- und Ausgabenseite. Der NATO-Generalsekretär pflichtete dem Petition Ormels bei und versicherte den NATO-Parlamentariern, dass es eine effiziente Finanzkontrolle von unabhängiger Seite gebe, deren Ergebnisse auch veröffentlicht würden, sofern die untersuchten Vorgänge nicht der Geheimhaltung unterlägen. Abgeordneter **Wladimir Komojedow** (Russland) sprach das umstrittene Raketenabwehrsystem an und forderte Garantien für sein Land, sollte das System wie geplant stationiert werden. **Anders Fogh Rasmussen** versicherte dem Parlamentarier aus Russland, dass die Bedenken sehr ernst genommen würden. Das System sei nicht gegen Russland gerichtet - auch politisch sei damit keine Bedrohung Russlands beabsichtigt. Er wiederholte den Vorschlag der NATO, die Kommandozentrale im Sinne einer echten strategischen Partnerschaft - paritätisch besetzt - gemeinsam zu betreiben. Abgeordneter **Ojars Kalnins** (Lettland) unterstrich die wachsende politische, wirtschaftliche und militärische Bedeutung Chinas und bat den NATO-Generalsekretär um seine Einschätzung, ob die Einrichtung eines Konsultationsorgans mit China sinnvoll sei. **Anders Fogh Rasmussen** pflichtet der Auffassung des Fragestellers zur Bedeutung Chinas bei und sprach sich für einen verstärkten Dialog aus. Sukzessive - je nach Gesprächsverlauf - könne dann Zug um Zug ein Format und letztlich eine Struktur für diese Kontakte aufgebaut werden. Abgeordneter **Davor Božinović** (Kroatien) dankte seinen Kolleginnen und Kollegen für ihre Unterstützung bei Kroatiens EU-Beitritt und bat zugleich um weitere Hilfestellung bei *smart defence*, womit auch kleineren Mitgliedsländern die Möglichkeit gegeben werde, aufwendige Militärtechnologie zu beschaffen. Senator **Jean-Louis Carrère** (Frankreich) beklagte die humanitäre Katastrophe in Syrien und fragte, was die NATO dazu beitragen könne, um Assad zum Rücktritt zu bewegen. Generalsekretär **Rasmussen** zeigte sich ebenfalls betroffen von der Situation in Syrien. Anzustreben sei eine politische Lösung, allerdings habe die Resolution der Vereinten Nationen nichts bewirkt.

3.6. Ansprache des Präsidenten der Republik Montenegro, Filip Vujanović

Präsident **Filip Vujanović** verband mit dem Dank für die Einladung zur Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung ein engagiertes Plädoyer für den Beitritt Montenegros zur NATO. Die Auflagen des *membership action plan* erfülle sein Land seit drei Jahren und Montenegro habe bedeutende Fortschritte bei der Reform der Streitkräfte und Geheimdienste erzielt, so dass montenegrinische Soldaten an NATO-geführten Missionen - ISAF und ATALANTA - teilnahmen. Den NATO-Beitritt brauche sein Land, um den Balkan nachhaltig zu befrieden und Europa zu einigen. Die weltweite Wirtschaftskrise sei auch an Montenegro nicht spurlos vorbeigegangen, so dass eine transatlantische Kooperation das Vertrauen potentieller Investoren in

sein Land stärke. Aber auch die NATO profitiere von Montenegros Mitgliedschaft, weil es politisch und wirtschaftlich stabil und ein verlässlicher Partner in der Region sei. So habe Montenegro vielen Flüchtlingen während des Balkankonflikts Zuflucht gewährt und den demokratischen Prozess in Serbien rückhaltlos unterstützt. Schließlich befürworte auch die montenegrinische Bevölkerung einen NATO-Beitritt, der - so bemerkte Vujanovic abschließend - für beide Seiten einen Mehrwert bedeuten würde.

3.7. Ansprache von Božo Ljubić, Präsident des Parlaments der Föderation von Bosnien und Herzegowina

Parlamentspräsident **Božo Ljubić** nahm Bezug auf das Friedensabkommen von Dayton und erklärte, das Ende des Krieges sei der größte Verdienst des Abkommens. Inzwischen überwogen jedoch die Nachteile des Konstrukts „Gesamtstaat“ von zwei asymmetrischen Teilen, die Föderation von Bosnien und Herzegowina sowie die Republik Srpska. Insbesondere in der Föderation verursache das Staatsgebilde aus zehn Kantonen hohe Kosten und verlangsamt die Entscheidungsprozesse. Auch durch diese Umstände seien Bosnien und Herzegowina in ihrer Entwicklung nicht so weit wie die Nachbarländer. Er betonte die Bedeutung eines stabilen Balkans für die Stabilität in Europa. Sein Land habe ein strategisches Interesse an einer Zusammenarbeit mit der NATO, jedoch gebe es im Land keinen Konsens über einen möglichen Beitritt. Ein Interesse an der euro-atlantischen Integration bestehe aber auf allen Seiten.

3.8. Ansprachen des Premierminister der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, S.E. Nikola Gruevski

Premierminister **Nikola Gruevski** erklärte einleitend, weiterhin sei das vorrangige außenpolitische Ziel seines Landes der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO. Er bedankte sich für die Unterstützung der Versammlung auf dem Weg dorthin. Trotz grundsätzlicher Befürwortung eines NATO-Beitritts durch die NATO-Mitglieder sowie des Urteils des Internationalen Gerichtshofes vom Dezember 2011 gebe es weiterhin keine Bewegung in den Gesprächen. Viele der auferlegten Bedingungen für eine Einladung zur Mitgliedschaft seien inzwischen erfüllt. Innenpolitisch seien die aktuellen Schwerpunkte die Steigerung der Effizienz der Justiz, der Kampf gegen die Korruption sowie mehr Wirtschaftswachstum. Er verwies auf die Beiträge des Landes zu den Operationen der NATO, z.B. in Afghanistan, und sagte, man werde de facto als Mitglied angesehen. Das aber sei nicht mehr ausreichend. Man wolle auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein, erwarte dafür aber auch Entgegenkommen bei den Beitrittsverhandlungen. Die letzten Hindernisse müssten von allen Seiten ausgeräumt werden, der Prozess dauere schon zu lange.

3.9. Ansprache des Präsidenten von Georgien, S.E. Micheil Saakaschwili

Präsident **Micheil Saakaschwili** erläuterte die Erwartungen des georgischen Volkes nach einer Perspektive zur Mitgliedschaft im transatlantischen Bündnis und in der EU. Alle Aktivitäten seien von den Ambitionen zum Beitritt getragen. Er bewertete die letzten Parlamentswahlen, die zu einer neuen Regierung geführt hätten, als wichtigen Schritt hin zur Festigung der Demokratie. Jedoch seien nicht nur einmalige Wahlen und der gewaltlose Übergang der Macht ein wichtiger Test für die Demokratie, sondern die langfristige Perspektive. Notwendig sei noch eine weitere Dezentralisierung der Macht. Micheil Saakaschwili erwähnte in diesem Zusammenhang eine neue Verfassung, die die Rechte von Parlament und Premierminister stärken und die Grundlage für eine parlamentarische Demokratie schaffen soll; sie werde im Oktober 2013, nach der nächsten Präsidentenwahl, in Kraft treten. Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Georgien erklärte er, Reformen im Justizbereich, die Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen gehörten zu den Prioritäten der neuen Regierung unter Premierminister Iwanischwili.

3.10. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidentinnen und -präsidenten der Versammlung

Der Präsident der NATO PV, Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich), war der einzige Kandidat für das Amt des Präsidenten der Versammlung und wurde per Akklamation gewählt.

Der frisch gewählte Präsident **Hugh Bayley** betonte in seinen Antrittsworten, dass den Wählerinnen und Wählern in den Bündnisländern die Rolle der NATO PV erläutert werden müsse. In Projekten, im Dialog sollten die Aufgaben der Versammlung sichtbar gemacht werden.

Für die fünf Vizepräsidentenposten lagen fünf Bewerbungen vor: Der Abgeordnete **Juan Miranda Calha** (Portugal) wurde per Akklamation wiedergewählt; die Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich), **Cheryl Gallant** (Kanada), **Giorgio La Malfa** (Italien) und **Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers** (Deutschland) wurden per Akklamation neu gewählt.

Berlin, den 12. November 2012

Dr. Dr. h. c. Karl A. Lamers, MdB

Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier

Leiter der Delegation des Bundesrates

4. Entschließungen

E n t s c h l i e  u n g 3 9 3

betreffend

DEN ÜBERGANG ZUR DEMOKRATIE IM NAHEN OSTEN UND IN NORDAFRIKA*

Die Versammlung,

1. **unter Bekräftigung** ihres Eintretens für die friedliche Entwicklung der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA);
2. **überzeugt**, dass diktatorische Regime nicht imstande sind, für nachhaltige Stabilität in der Region zu sorgen;
3. von ganzem Herzen die bedeutenden Schritte **begrüßend**, die die gesamte Region auf dem Wege zu Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit unternommen hat, und **unter Anerkennung** der greifbaren Fortschritte bei dem Aufbau neuer staatlicher Institutionen, der Ausarbeitung neuer Verfassungen und der Abhaltung kompetitiver und fairer Wahlen, namentlich in Tunesien, Ägypten und Libyen;
4. **die Auffassung vertretend**, dass die internationale Gemeinschaft einen sinnvollen Beitrag dazu leisten kann, den neuen Regierungen und Parlamenten bei der Bewältigung der zahlreichen, mit dem Prozess des Übergangs zur Demokratie verbundenen Herausforderungen behilflich zu sein, zu denen überwältigende sozio-ökonomische Probleme, der Schutz der Rechte der Frauen sowie der ethnischen und religiösen Minderheiten, das Verhältnis zwischen Staat und Religion, der Schutz der neu entdeckten Rede- und Versammlungsfreiheit, die Entwicklung eines tragfähigen Systems politischer Parteien und die Stärkung der zivilen Kontrolle über den Verteidigungs- und Sicherheitssektor gehören;
5. **mit tiefer Enttäuschung** darüber, dass Frauen in den neuen Parlamenten und Regierungen sowie in den Gremien zur Ausarbeitung von Verfassungen unterrepräsentiert sind; und **unter nachdrücklicher Verurteilung** der in den von Erhebungen betroffenen Ländern immer wieder vorkommenden Gewalthandlungen gegen Frauen, darunter Fälle von Mord, Vergewaltigung, Folter, Verwundung, Entführung, Schikane und sonstigen physischen und psychologischen Misshandlungen;
6. **besorgt** über die Auswirkungen, die fundamentalistische Haltungen auf die Geschlechtergleichstellung und die Rechte der Minderheiten haben könnten, jedoch **überzeugt** davon, dass es kontraproduktiv wäre, umfangreiche politische Bewegungen von dem institutionalisierten politischen Prozess auszuschließen, und **im Vertrauen** auf die demokratischen Instinkte und die politische Reife der überwältigenden Mehrzahl der Menschen in den MENA-Ländern;
7. die Ermordung des amerikanischen Botschafters Christopher Stevens und dreier anderer Amerikaner im Konsulat in Benghazi sowie alle anderen Anschläge auf diplomatische Vertretungen überall auf der Welt **beklagend**;
8. **unter Begrüßung** der von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder auf ihrem Gipfeltreffen im Mai 2012 in Chicago bekräftigten Verpflichtung des Bündnisses, über den Mittelmeerdialog und die Kooperationsinitiative von Istanbul sowie im Wege bilateraler Konsultationen partnerschaftliche Beziehungen zu den Ländern in der Region zu stärken beziehungsweise aufzubauen;

* Vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

9. **GELOBT**, die demokratischen Institutionen im MENA-Raum, insbesondere die neu gewählten Parlamente, auf Antrag ihrerseits zu unterstützen, und bietet an, vollen Gebrauch von den Werkzeugen und Mechanismen zu machen, die die Versammlung in ihrem Arsenal besitzt;
10. **FORDERT** die Mitgliedsregierungen und –parlamente der Nordatlantischen Allianz und der NATO **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. den Menschen der Länder, in denen Erhebungen stattgefunden haben, ein starkes Solidaritätssignal zu senden, mit dem sie ihren auf Werte gestützten Ansatz gegenüber der Region bekräftigen;
 - b. Wege zur Stärkung und Entwicklung der NATO-Partnerschaften mit diesen Ländern zu sondieren, die an die neuen Realitäten in der Region angepasst sind;
 - c. den Aufbau demokratischer staatlicher Institutionen im MENA-Raum in verstärktem Umfang praktisch zu unterstützen, auf der Grundlage nachfrageorientierter, spezifisch zugeschnittener Kooperationsmechanismen, mit besonderer Ausrichtung auf gute Regierungsführung, die Unabhängigkeit der Richterschaft und die leistungsfähige zivile Kontrolle über die Streitkräfte und die Sicherheitsdienste;
 - d. Programme anzubieten, die dazu vorgesehen sind, die Zivilgesellschaft, die Medien, die Kommunalinstitutionen und die Geschäftswelt der Region direkt, statt ausschließlich über die Zentralregierungen, zu unterstützen;
 - e. die Entwicklungen in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung und die Minderheitenrechte wachsam zu verfolgen und rasch und mit Nachdruck zu reagieren, falls es zu einer Bedrohung dieser Rechte kommen sollte;
 - f. im Hinblick auf die Ermöglichung demokratischer Reformen sowie der Sicherheit und Stabilität des MENA-Raums, so auch auf die „Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung“ in der Konfliktfolgezeit, ihre Bemühungen besser mit denjenigen der EU, der UN und anderer internationaler Akteure zu koordinieren;
 - g. stärker in Forschungsarbeiten über den MENA-Raum und die Ausbildung entsprechender Sachverständiger zu investieren;
11. **FORDERT** alle politischen Führer im MENA-Raum **AUF**,
- a. dafür Sorge zu tragen, dass der Prozess des Übergangs zur Demokratie auf den Grundsätzen der Einbeziehung aller Akteure, des Schutzes der Grundrechte des Menschen und der Gleichstellung der Geschlechter aufbaut;
 - b. dringende Schritte zu unternehmen, um die Sicherheit der schwächsten und am stärksten gefährdeten Gruppen ihrer Gesellschaften zu gewährleisten;
 - c. die regionale Zusammenarbeit und Integration zu fördern, um vorbildliche Verfahren beim Übergang zur Demokratie und bei der Sozialschutzpolitik untereinander auszutauschen;
12. **FORDERT** die libyschen Behörden **AUF**, zu prüfen, welche Vorteile Partnerschaftsmechanismen der NATO für sie haben könnten.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 4

betreffend

DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN DER ÖSTLICHEN NACHBARSCHAFT*

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis auf** die feste Verpflichtung der NATO zu den demokratischen Grundsätzen und den Partnerschaften auf der Grundlage der gemeinsamen Werte;
2. **unter Betonung** des wichtigen Kontexts des anstehenden 15. Jahrestags der NATO-Ukraine-Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft, des Vorsitzes der Ukraine über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahr 2013, des 10. Jahrestags der Erklärung von Rom, des 15. Jahrestags der NATO-Russland-Grundakte und des 10. Jahrestags der Erklärung Georgiens, es strebe die NATO-Mitgliedschaft an;
3. **mit Genugtuung** über die wichtige Rolle der östlichen Partner für die euroatlantische Sicherheit sowie insbesondere **in Würdigung** der Mitgliedschaft von Belarus im Programm der Partnerschaft für den Frieden, Russlands konstruktiver Zusammenarbeit mit der NATO, der intensiven Partnerschaft der Ukraine auf der Grundlage des Nationalen Jahresprogramms und des gemeinsamen Ziels, die Ukraine stärker an die europäische Integration heranzuführen, sowie der aktiven Zusammenarbeit Georgiens mit der NATO über die NATO-Georgien-Kommission sowie seinen äußerst wichtigen Beitrag zu von der NATO geführten Operationen;
4. **in Anerkennung dessen**, dass der politische Prozess in der ausschließlichen Eigenverantwortung der Völker von Belarus, Georgien, der Ukraine und der Russischen Föderation liegt;
5. **im Bewusstsein** der erheblichen Unterschiede der politischen Systeme dieser Länder, jedoch **angesichts** eines Trends zu sich verschlechternden demokratischen Normen, und insbesondere **unter Missbilligung** der Einschränkungen für Zivilrechtsaktivisten und der Medienfreiheit sowie der Nichtbefolgung der internationalen Normen bei den Wahlen und von Fällen selektiver Rechtsanwendung in Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine;
6. **in Würdigung** der Bemühungen um eine weitere Demokratisierung auf der Grundlage eines integrativen Dialogs in der Russischen Föderation, jedoch **besorgt angesichts** der Abkehr von oder des Stillstands der politischen Reformen;
7. **in Würdigung** der vor kurzem stattgefundenen demokratischen Parlamentswahlen in Georgien, die als ein Lackmustext für die demokratische Entwicklung Georgiens angesehen wurden, sowie **in Würdigung** der allerersten Machtübergabe durch Wahlen in diesem Land;
8. **in Anbetracht** eines gut durchgeführten Wahlprozesses bei den jüngsten Parlamentswahlen in der Ukraine, jedoch **besorgt** angesichts der wachsenden Zahl von Unregelmäßigkeiten in der Vorwahlzeit;
9. **unter Verurteilung** der anhaltenden Unterdrückung der demokratischen Opposition, der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien in Belarus und **mit Bedauern** über die unverhohlene Missachtung der OSZE-Verpflichtungen bei den jüngsten Wahlen;
10. **RUFT** die Regierungen und Parlamente von Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine **DAZU AUF**,
 - a. ihre internationale Verpflichtung im Hinblick auf die gemeinsamen demokratischen Werte erneut zu erklären und mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen;

* Vom Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

- b. den derzeitigen ungünstigen Trend im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte umzukehren, echte und dauerhafte demokratische Reformen auf der Grundlage eines integrativen Dialogs durchzuführen und die internationalen Pflichten und Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten;
 - c. die Unregelmäßigkeiten während des Wahlprozesses umfassend zu untersuchen – im Falle der Ukraine, insbesondere die Wahlkreise mit einem einzigen Mandat – und die Empfehlungen der maßgeblichen internationalen Wahlbeobachtungsinstitutionen umzusetzen;
 - d. die politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken;
 - e. die Schikanen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Medien einzustellen und die gegen sie verhängten Beschränkungen aufzuheben;
11. **RUFT** das neue Parlament und die Regierung Georgiens sowie den derzeitigen Präsidenten **DAZU AUF**, das Reformprogramm fortzusetzen und ein effektives Miteinander bis zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2013 zu gewährleisten;
12. **ÄUSSERT IHRE BESORGNIS** angesichts des angeblichen Drucks auf die kommunalen Selbstverwaltungsinstitutionen, insbesondere den georgischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk und **RUFT** die neue Regierung Georgiens **DAZU AUF**, von politisch motivierten Verhaftungen abzusehen;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses und der NATO **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
- a. ihre Bemühungen zur Unterstützung der demokratischen Bestrebungen der Völker in der östlichen Nachbarschaft unter voller Wahrung der Souveränität von Belarus, Georgiens, der Russischen Föderation und der Ukraine zu verstärken;
 - b. die demokratischen Grundsätze ins Zentrum der neuen Partnerschaftspolitik der NATO zu rücken;
 - c. jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um die Regierungen dieser Nachbarstaaten daran zu erinnern, dass von ihnen erwartet wird, dass sie alle von ihnen eingegangenen internationalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Demokratie einhalten;
 - d. eng zur Unterstützung der Freiheit und der Grundrechte des Volkes von Belarus zusammenzuarbeiten, indem sie unter anderem ihre Haltung in Bezug auf die Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 in diesem Land festlegen;
 - e. die Ukraine weiterhin bei der Umsetzung der Reformen im Rahmen der NATO-Ukraine-CHARTA und des Nationalen Jahresprogramms zu unterstützen;
 - f. Georgien im Einklang mit den Beschlüssen der NATO-Gipfel von Bukarest und Chicago und in Anerkennung seiner demokratischen Fortschritte aufzufordern, einen weiteren Schritt im Kontext seiner euroatlantischen Integration zu unternehmen und zu erwägen, ihm einen Aktionsplan für die Mitgliedschaft (MAP) zu gewähren, um eine umfassendere Kontrolle seiner politischen und institutionellen Reformen sicherzustellen.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 5

betreffend

AFGHANISTAN: GEWÄHRLEISTUNG EINES ERFOLGREICHEN ÜBERGANGS*

Die Versammlung,

1. **in Bekräftigung** der entscheidenden Rolle der ISAF (Internationale Sicherheitsbeistandsgruppe) zur Gewährleistung der dauerhaften Sicherheit Afghanistans und der Region;
2. **ferner in Bekräftigung** des anhaltenden Engagements der NATO im Hinblick auf die Sicherheit und Stabilität Afghanistans nach dem Ende der ISAF-Mission im Jahre 2014, wie es in der Gipfelerklärung von Chicago zu Afghanistan betont wurde;
3. **in Anerkennung** des Erfolgs der NATO und der ANSF (nationale afghanische Sicherheitskräfte) bei der Verbesserung der Sicherheit in Afghanistan, **in Anbetracht** der verbleibenden Herausforderungen und **in Würdigung** der rückläufigen Zahl toter Zivilisten;
4. **unter nachdrücklicher Verurteilung** der Angriffe auf ISAF-Personal durch Mitglieder der ANSF, jedoch **mit Genugtuung** über die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der Bedrohung durch Innentäter;
5. **mit voller Unterstützung** für den Prozess von Istanbul, die Tokioter Afghanistan-Konferenz, die Konferenzen über regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Afghanistan sowie andere internationale Bemühungen, um Frieden und Stabilität nach Afghanistan und in die weitere Region zu bringen;
6. **unter Betonung** der Notwendigkeit, alle Akteure in und außerhalb Afghanistans einzubeziehen, die bereit sind, die friedliche Koexistenz und Solidarität des afghanischen Volkes zu unterstützen;
7. **unter Würdigung** der ISAF und der ANSF im Hinblick auf den erfolgreichen andauernden Übergangs- (Inteqal-)Prozess;
8. **in Anerkennung** der entscheidenden Bedeutung Pakistans, Russlands, Usbekistans, Kirgistans, Kasachstans, Aserbaidshans, der Türkei und Georgiens als Transitstaaten, die den Erfolg der andauernden Operationen und des zukünftigen Abzugs gewährleisten;
9. **unter Betonung** der entscheidenden Bedeutung der Einhaltung der zuvor erklärten Abzugspläne, die bei den maßgeblichen NATO-Konferenzen vereinbart wurden, seitens der ISAF-Teilnehmerstaaten;
10. **in Anerkennung** des Werts der Reintegration ehemaliger Aufständischer, die der Gewalt abschwören, ihre terroristischen Verbindungen aufgeben und die afghanische Verfassung anerkennen, als Mittel zur Gewährleistung des Friedens und der Solidarität des afghanischen Volkes sowie **in Würdigung** der diesbezüglichen Bemühungen des APRP (Afghanisches Friedens- und Reintegrationsprogramm) und der afghanischen Führung;
11. die anhaltenden wirtschaftlichen Herausforderungen **einräumend**, vor denen die afghanische Regierung in den nächsten Jahren bei der eigenständigen Gewährleistung ihrer Sicherheit und des Wohlstands ihres Volkes stehen wird, sowie außerdem **unter Betonung** der Notwendigkeit internationaler finanzieller und fachlicher Unterstützung beim Aufbau der Fähigkeiten der afghanischen Regierung und der afghanischen Zivilgesellschaft;

* Vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, die ISAF und die NATO **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
- a. in Zusammenarbeit mit der Regierung der Islamischen Republik Afghanistan die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass der jüngste dramatische Anstieg von Angriffen durch Innentäter sich auf die Truppenmoral auswirkt, das Vertrauen zwischen der ISAF und den ANSF weiter unterminiert und eine zukünftige Zusammenarbeit gefährdet;
 - b. afghanischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen in den kommenden Jahren weiterhin robuste Sicherheits- und Entwicklungshilfe zu leisten;
 - c. sicherzustellen, dass Frauen im gesamten Friedensprozess eine maßgebliche Stimme und Aufgabe haben;
 - d. sicherzustellen, dass innenpolitischer Druck die Länder nicht dazu bringt, von ihren Verpflichtungen im Hinblick auf den derzeitigen Truppenabzugsplan abzurücken und den Erfolg der zehnjährigen NATO-Mission zu gefährden;
 - e. die Alphabetisierung für Mitglieder der ANP (Afghanische Nationalpolizei) und der ANA (Afghanische Nationalarmee) zu verstärken;
 - f. Möglichkeiten zu schaffen, um ehemaligen Mitgliedern der ANSF eine Berufsausbildung anzubieten, wenn die Truppen im nächsten Jahr verringert werden;
 - g. die Zusammenarbeit mit Islamabad sowohl zum Zweck des ISAF-Abzugs als auch für die zukünftige Sicherheit der afghanisch-pakistanischen Grenze, insbesondere im Hinblick auf die Aktivitäten der Aufständischen im Norden/Nordwesten Pakistans, zu fördern;
 - h. der afghanischen Führung dabei zu helfen und sie nachdrücklich dazu aufzufordern, gegen die Korruption in den Reihen der ANSF und der afghanischen Regierung im Allgemeinen vorzugehen;
 - i. die Anstrengungen zur Bekämpfung der Produktion von und des Handels mit Betäubungsmitteln zu verstärken, durch die häufig terroristische Aktivitäten finanziert werden;
 - j. freundschaftliche Beziehungen zwischen Kabul und anderen internationalen Akteuren zu fördern und die Grundlage für zukünftige internationale Initiativen mit den regionalen Nachbarn zu schaffen;
 - k. sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Nichtmitgliedstaaten der NATO zu ermutigen, ihr Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren und weiterhin in die afghanische Sicherheit und das Wohlergehen des afghanischen Volkes zu investieren;
 - l. Von Präsident Karzai und seiner Regierung in Bezug auf Transparenz- und Korruptionsfragen Rechenschaft zu fordern;
 - m. die Achtung der Menschenrechte und der Chancengleichheit in Afghanistan nach 2014 weiter zu fördern;
 - n. zu gewährleisten, dass Afghanistan nach 2014 über die notwendigen Mittel verfügt, um eine stabile Marktwirtschaft zu entwickeln, die unabhängig von Drogenproduktion und Drogenhandel ist, und die landwirtschaftliche Diversifizierung zu fördern.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 6

betreffend

WIRTSCHAFTLICHE CHANCEN, UMWELTPOLITISCHE VERPFLICHTUNGEN UND SICHERHEITSINTERESSEN IN DER ARKTIS*

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass in der Arktis tiefgreifende klimatische Veränderungen stattfinden und dass dies dramatische Auswirkungen auf die Fauna, Flora und die menschlichen Gemeinschaften der Region hat;
2. **angesichts dessen**, dass umfassendere Daten und ausgefeiltere Umweltmodelle notwendig sind, um die entscheidenden Veränderungen besser zu verstehen, die die biologische Vielfalt, die Fischbestände, die atmosphärischen Verhältnisse, die Küsten- und Unterwassergeologie sowie die Permafrost-, Schnee-, Eis- und Wasserbedingungen im Hohen Norden beeinflussen;
3. **in Anerkennung dessen**, dass der jüngste Zustrom von Menschen in die Arktis zu einer wichtigen Ursache von Veränderungen und potenziellen Spannungen insbesondere mit der autochthonen Bevölkerung geworden ist;
4. **in dem Verständnis**, dass die Arktis zu einem zunehmend dynamischen Wirtschaftsraum geworden ist, der Gewinne insbesondere für diejenigen Unternehmen produzieren kann, die eine frühzeitige Führung auf den Gebieten Energie und mineralische Ressourcen, Fischerei, Entwicklung von Handelsrouten und Tourismus aufbauen;
5. **unter Berücksichtigung** der Bedeutung ordentlicher Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Austritten in arktische Tiefseegewässer bei Erdöl- und Erdgasbohrungen;
6. **in Anbetracht dessen**, dass die zunehmende Erwärmung und schwindendes Eis neue Möglichkeiten nicht nur für mehr wirtschaftliche Aktivitäten, sondern auch für verstärkte militärische Aktivitäten schaffen;
7. **in Anerkennung** dessen, dass die wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten den Hohen Norden zu einem Schauplatz einer wirtschaftlichen, maritimen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit machen;
8. **besorgt** angesichts der geringen Such- und Rettungsfähigkeiten zu einem Zeitpunkt, an dem der menschliche Einfluss im Hohen Norden, auch der Massentourismus, zu wachsen beginnt;
9. **mit Genugtuung darüber**, dass die Mitgliedstaaten des Arktischen Rates an ihrer Zusammenarbeit festhalten;
10. **in Anbetracht dessen**, dass eine wachsende Zahl von Nicht-Anrainerländern eine Rolle in der Arktis spielen will;
11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich dazu auf,
 - a. ihre Unterstützung für Bemühungen der Wissenschaft um ein genaueres Verständnis der in der Arktis stattfindenden klimatischen Veränderungen und ihrer Auswirkungen für diese gefährdete Region und den gesamten Planeten zu koordinieren;
 - b. zu gewährleisten, dass bei den zwischenstaatlichen Beziehungen und der wirtschaftliche Entwicklung der Arktis die wichtigen internationalen Übereinkommen und Bestimmungen, darunter die UN-Seerechtskonvention, eingehalten werden;

* Vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

- c. die internationalen Akteure aufzufordern, ungelöste Streitigkeiten über die Grenzen, Ressourcen und Politiken in der Arktis beizulegen und ggf. in den maßgeblichen internationalen Foren, darunter die Internationale Seeschifffahrtsorganisation und der Arktische Rat, neue Regeln festzulegen;
- d. den wichtigen Beitrag anzuerkennen, den der Arktische Rat als ein Forum für den Dialog zwischen den arktischen und wichtigen nichtarktischen Akteuren leisten kann;
- e. eine größere Transparenz bei Fragen im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen und Strategien im arktischen Raum, auch über den Dialog im NATO-Russland-Rat, zu gewährleisten;
- f. die Präsenz von in der Region operierenden Truppen zu minimieren, soweit dies sinnvoll und machbar ist;
- g. strenge Regelungs- und Überwachungsrahmen für Erdöl- und Erdgasbohrungen in der Tiefsee im Hohen Norden zu entwickeln, um die Gefahr von katastrophalen Unfällen in dieser äußerst fragilen Umwelt zu minimieren;
- h. zur Verbesserung der Such- und Rettungs-, Katastrophenplanungs- und anderen Notfallfähigkeiten beizutragen, die robust genug sind, um Katastrophen von der Art zu bewältigen, die sich aufgrund des zunehmenden menschlichen Einflusses wahrscheinlich ereignen werden;
- i. sicherzustellen, dass sich die potenziellen Kosten für Säuberung und Rettung angemessen im Gesamtpreis für die Geschäftstätigkeit in dieser abgelegenen Region widerspiegeln;
- j. sich gemeinsam mit wichtigen internationalen Partnern dafür einzusetzen zu gewährleisten, dass die Arktis eine Zone der internationalen Zusammenarbeit anstatt ein Schauplatz von internationaler Rivalität und Spannungen wird.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 7

betreffend

DIE EURO-KRISE: VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN*

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung dessen**, dass die anhaltende Finanzkrise in der Eurozone erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Haushalte und die langfristigen Verteidigungsausgaben hat;
2. **mit Besorgnis darüber**, dass der daraus resultierende finanzielle Druck es noch schwieriger machen wird, die Kosten für die nationale Verteidigung auf einer Höhe, die den traditionellen Sicherheitsmaßnahmen angemessen ist, aufzubringen;
3. **besorgt** angesichts der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas auf die gesamte transatlantische Gemeinschaft;
4. **in Würdigung dessen**, dass die Europäische Union einen institutionellen Rahmen entwickelt hat, der es ihr ermöglicht, eine bedeutendere Rolle in internationalen Angelegenheiten zu spielen und potenziell ihre Fähigkeit zu stärken, die kollektiven europäischen Sicherheitsinteressen zu verteidigen und zur Verteidigung der Bündnispartner beizutragen;
5. **in dem Verständnis**, dass das internationale System von heute sehr instabil ist und dass Europa und die Vereinigten Staaten vor einer Reihe gemeinsamer neuer Bedrohungen stehen;
6. **in Anerkennung der Tatsache**, dass, wenngleich die Beiträge Europas zu den von der NATO oder den USA geführten Operationen nicht so groß sind wie die der USA, sie dennoch von militärischer Bedeutung und ein wichtiger Ausdruck der transatlantischen Solidarität sind;
7. **besorgt** angesichts der potenziell negativen Auswirkungen, die der Konjunkturabschwung in Teilen Süd-, Mittel- und Osteuropas auf den Zusammenhalt und die Solidarität Europas haben könnte;
8. **in Anbetracht dessen**, dass eine Reihe europäischer Länder zur Bewältigung der schweren Finanzkrise beträchtliche Kürzungen der Verteidigungshaushalte vornehmen und die EU-Mitgliedstaaten eindeutig weniger Mittel haben, die sie für die Erhaltung ihrer Sicherheit aufwenden können;
9. **in Anbetracht dessen**, dass einige Regierungen exzessive Ausgabenkürzungen im Verteidigungssektor anstreben, die die europäische Sicherheit unterminieren und die Solidarität in Europa und im Bündnis aushöhlen könnten;
10. **besorgt** angesichts der sich abzeichnenden Tendenz, dem kurzfristigen Aspekt der Schaffung von Arbeitsplätzen durch die nationalen Verteidigungshaushalte Vorrang vor langfristigen Investitionen in Ausrüstung, Forschung und Entwicklung zu geben;
11. **in Anerkennung dessen**, dass Europa die Fähigkeit besitzt, die Effizienz der Verteidigungsausgaben durch gemeinsame Beschaffungsprogramme, gemeinsame Planung, eine intensivere militärische Koordination und offenere Verteidigungsmärkte beträchtlich zu erhöhen;
12. **mit Beifall** für den Aufruf der in Chicago zusammengekommenen NATO-Regierungschefs zu Bemühungen darum, sicherzustellen, dass die Smart-Defence-Initiative der NATO und die „Pooling und Sharing“-Initiative der EU sich ergänzen und gegenseitig verstärken;
13. **in Anerkennung der Tatsache**, dass die Unterstützung des US-Kongresses für das Nordatlantische Bündnis in dem Maße, wie die Kluft zwischen den europäischen und den amerikanischen Verteidigungsausgaben immer größer wird, schwieriger politisch zu verteidigen ist, insbesondere, da die USA sich in den ver-

* Vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

gangenen vier Jahren ebenfalls ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten gegenüber gesehen haben;

14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der europäischen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. davon abzusehen, weitere Kürzungen der Verteidigungshaushalte vorzunehmen, die die nationalen und kollektiven Kernsicherheitsinteressen gefährden würden;
- b. die Bemühungen zur Zusammenlegung der militärischen Ressourcen, Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Beschaffung sowie Forschung und Entwicklung, Rationalisierung der Verteidigungsinfrastrukturen und zur Suche nach neuen, innovativen Wegen für die gemeinsame Nutzung der Kräfte und Mittel und das Teilen der Verantwortung für die Verteidigung mit dem Ziel zu verstärken, operative Duplizierungen zu vermeiden und die Effizienz und Effektivität zu erhöhen;
- c. die Verteidigungsausgaben umzustrukturieren, so dass ein größerer Teil der Ressourcen für Rüstungsbeschaffung, Forschung und Operationen und ein geringerer für Personal vorgesehen ist, damit Europas zukünftiges Verteidigungsdispositiv langfristig glaubwürdig ist;
- d. neue Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU zu finden, um die Effektivität und Effizienz beider Institutionen zu verbessern, teure Duplizierungen zu beseitigen und Smart Defence in enger Absprache mit der „Pooling und Sharing“-Initiative der EU zu entwickeln;
- e. die europäische Öffentlichkeit gezielt anzusprechen, um die Natur der Sicherheitsrisiken und die Notwendigkeit der Entwicklung von Fähigkeiten zur Bewältigung dieser Risiken auf möglichst wirksame und effiziente Art und Weise zu erläutern;

15. **FORDERT** alle Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. neue Anstrengungen zum Aufbau eines offeneren transatlantischen Verteidigungsmarkts zu unternehmen, was die Effizienz der Verteidigungsausgaben in Nordamerika und Europa verbessern wird;
- b. die NATO als ein Medium zur Erzielung einer intensiveren Zusammenarbeit und Koordinierung unter den Bündnispartnern zu betrachten, was für mehr Effizienz bei den Verteidigungsausgaben von entscheidender Bedeutung ist;
- c. mehr Informationen über die langfristigen Prioritäten der Verteidigungshaushalte auszutauschen um sicherzustellen, dass alle nationalen Kürzungen rational und auf eine Art und Weise getroffen werden, die Integration und Solidarität vertieft anstatt Zwietracht sät.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 8

betreffend

DIE NATO NACH CHICAGO*

Die Versammlung,

1. **in der Überzeugung**, dass die NATO weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Sicherung von Frieden, Wohlstand und Stabilität im euroatlantischen Raum bleibt;
2. **nachdrücklich darauf hinweisend**, dass die kollektive Verteidigung die Kernaufgabe der NATO bleibt, jedoch **in Anerkennung dessen**, dass sich die heutigen Sicherheitsbedrohungen – wie gescheiterte oder versagende Staaten, regionale Unsicherheit, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel, Cybersicherheit und Seepiraterie – nicht mehr länger auf den euroatlantischen Raum beschränken, sondern weltweiter Natur sind;
3. **mit Genugtuung** über die auf den Gipfeln von Lissabon und Chicago erzielten Übereinkommen als Eckpunkte für die fortgesetzte Transformation des Bündnisses, die es ihm ermöglichen wird, auf aktuelle und zukünftige Bedrohungen zu reagieren;
4. insbesondere **in Anbetracht** der Bemühungen um den Erwerb und den Einsatz gemeinsamer Fähigkeiten, um die im neuen Strategischen Konzept der NATO vereinbarten Kernaufgaben des Bündnisses zu erfüllen, sowie der Bemühungen, eine schlankere, wirksamere und kostengünstigere Kommandostruktur der NATO umzusetzen;
5. **in Anerkennung der Tatsache**, dass der Transformationsprozess der NATO in einem schwierigen internationalen Sicherheitsumfeld stattfindet, das unter anderem durch weiterhin sinkende Verteidigungsausgaben in Europa, die Entstehung neuer Machtzentren, den Übergang in Afghanistan sowie die Entwicklungen im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA-Region) gekennzeichnet ist;
6. **in Anerkennung dessen**, dass die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin eine erhebliche Belastung für die Staatsausgaben der Bündnispartner darstellt;
7. **in der Überzeugung**, dass eine gerechte Lastenteilung unter den Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Solidarität, die das Bündnis zusammenhält, ist;
8. **in Anbetracht dessen**, dass der asiatisch-pazifische Raum von erheblicher Bedeutung für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen der NATO-Mitgliedstaaten ist;
9. **in Würdigung der Tatsache**, dass sich die Staats- und Regierungschefs der NATO und die afghanische Regierung zu einer dauerhaften Partnerschaft zwischen dem Bündnis und Afghanistan nach dem Übergang der vollen Sicherheitsverantwortung von den internationalen Truppen auf die afghanischen Truppen Ende 2014 verpflichtet haben;
10. **unter Betonung**, dass die Länder des MENA-Raums und das Bündnis eine Fülle gemeinsamer Sicherheitsprobleme haben, und **mit voller Unterstützung** für das Engagement der NATO im Hinblick auf die Länder der Region;
11. **besorgt darüber**, dass die jüngsten Entwicklungen in Teilen des MENA-Raums, insbesondere in Syrien und der Sahel-Zone, eine ernste Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in der Region darstellen und eine destabilisierende Wirkung auf Mitgliedstaaten des Bündnisses haben könnten;

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

12. *in Anerkennung* des unschätzbaren Beitrags der Partnerländer zu Missionen und Operationen unter Führung der NATO und *unter Hervorhebung* der entscheidenden Rolle, die diese Partnerschaften bei der Förderung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit spielen;

13. *in Anerkennung* der wichtigen Rolle der Russischen Föderation zur Verbesserung der euroatlantischen und der weltweiten Sicherheit sowie der Errungenschaften der Partnerschaft zwischen der NATO und Russland;

14. *unter Betonung*, dass die Politik der offenen Tür der NATO mit Erfolg Sicherheit und Stabilität in den euroatlantischen Raum und darüber hinaus projiziert hat und dass die Aussicht einer weiteren Erweiterung und der Geist einer kooperativen Sicherheit die Stabilität in Europa vorangebracht haben;

15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,

- a. angemessene politische, militärische und finanzielle Ressourcen zu investieren, um die in Lissabon und Chicago getroffenen Beschlüsse zur Beibehaltung des derzeitigen Niveaus der Einsatzwirksamkeit und der transatlantischen Interoperabilität beizubehalten und, falls finanzielle Sparmaßnahmen notwendig sind, sie so weit wie möglich zu koordinieren;
- b. weitere Projekte zur Förderung des transatlantischen Zusammenhalts und zur Verbesserung ihrer bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zu entwickeln, insbesondere solche, die kritische Fähigkeitsdefizite angehen sollen;
- c. auf die „NATO-Streitkräfte 2020“ hinarbeiten, um moderne, eng miteinander verbundene, gut ausgestattete, ausgebildete und befehligte Streitkräfte aufzubauen, die in jedem Umfeld zusammen und mit Partnern operieren können;
- d. die in Berlin 2011 beschlossene effizientere und flexiblere Partnerschaftspolitik durch die Stärkung der bestehenden Partnerschaftsinstrumente der NATO und die Gestaltung flexiblerer Formate zur Diskussion der Sicherheitsherausforderungen umzusetzen;
- e. ihre Verpflichtungen voll und ganz umzusetzen, die Regierung Afghanistans bei der Bereitstellung eines sicheren und stabilen Umfelds für seine Bürger nach 2014 zu unterstützen und ihre Politiken im Hinblick auf Afghanistan und die gesamte Region in größtmöglichem Maße zu koordinieren;
- f. die Politik der offenen Tür zu bekräftigen und beitragswillige Länder auf ihrem Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft weiter zu unterstützen;
- g. gemäß den Beschlüssen des NATO-Russland-Rates auf dem Gipfel von Lissabon die weitreichende Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation weiter zu entwickeln, insbesondere auf militärischem Gebiet, unter Betonung, dass diese Partnerschaft auf gemeinsamen Werten und auf den in der Grundakte und der Erklärung von Rom verankerten Grundsätzen, der Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten sowie der friedlichen Beilegung von Konflikten beruhen muss;
- h. erneut ihr Engagement dafür zu bekunden, die neuen demokratischen Regierungen im MENA-Region, die einen herausfordernden politischen und wirtschaftlichen Übergang meistern müssen, dabei zu unterstützen, ihren Bürgern ein sicheres und stabiles Umfeld zu bieten;
- i. die Partnerschaften des Bündnisses, auch mit Ländern außerhalb des euroatlantischen Raums, durch die Formalisierung von Partnerschaften mit Ländern, die die Werte des Bündnisses teilen und durch die Ausweitung der Liste gemeinsamer Aktivitäten weiter zu vertiefen, unter Wahrung der Fähigkeit eines jeden Partners, maßgeschneiderte Kooperationsbeziehungen mit dem Bündnis zu bilden.

E n t s c h l i e ß u n g 3 9 9

betreffend

DIE ENTWICKLUNGEN IN SYRIEN: SICHERHEITSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE REGION UND DARÜBER HINAUS*

Die Versammlung,

1. **unter Verurteilung** des brutalen Vorgehens des Assad-Regimes gegen unschuldige Zivilisten und seiner umfangreichen, anhaltenden Menschenrechtsverletzungen;
2. **zutiefst beunruhigt darüber**, dass die Krise in Syrien sowohl konfessionelle als auch internationale Dimensionen annimmt;
3. **unter nachdrücklicher Verurteilung** des Beschusses von Orten in der Türkei durch syrische Regierungstruppen, einschließlich des Beschusses vom 3. Oktober 2012, der den Tod von fünf türkischen Zivilisten und zahlreiche Verletzte zur Folge hatte;
4. **mit dem Ausdruck** ihrer Solidarität mit der Türkei angesichts dieser flagranten Verletzungen ihrer Solidarität und des Todes unschuldiger Menschen;
5. **besorgt** angesichts der Gefahren, die Syriens Chemiewaffen für das syrische Volk und die internationale Gemeinschaft darstellen;
6. **unter Missbilligung** der fortgesetzten Aufrüstung des Assad-Regimes durch Russland, den Iran und andere Staaten;
7. **angesichts dessen**, dass anhaltende Meinungsunterschiede innerhalb der syrischen Opposition, unklare Verbindungen zwischen den politischen und den bewaffneten Oppositionsgruppen sowie Berichte von Menschenrechtsverletzungen die internationale Unterstützung unterminieren;
8. **warnend**, dass mit Andauer des Konflikts in Syrien es immer wahrscheinlicher wird, dass er dschihadistische Gruppe und andere Extremisten anzieht, deren Ziele grundlegend undemokratisch sind und die regionale Stabilität schwer bedrohen;
9. **sich dessen bewusst**, dass der Zugang der Bevölkerung zu humanitärer Hilfe weiterhin unzureichend ist, und **mit Besorgnis darüber**, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch Syriens enormes menschliches Leid verursachen wird, das das Land und seine Bürger über Jahre belasten wird;
10. **in Anerkennung** der Not, die syrische Flüchtlinge und Binnenvertriebene leiden sowie **ebenfalls in Anerkennung** der schweren Belastungen, die die Nachbarstaaten auf sich nehmen, um für sie zu sorgen;
11. **mit Bedauern darüber**, dass Russland und Chinas Haltung im UN-Sicherheitsrat die Fähigkeit der Vereinten Nationen, der sich verschlechternden Sicherheits- und humanitären Lage ein Ende zu bereiten und eine politische Lösung für die Krise herbeizuführen, ernsthaft schwächen;
12. **nachdrücklich darauf hinweisend**, dass eine friedliche Lösung für den andauernden Konflikt eine Priorität für die internationale Gemeinschaft bleiben sollte;
13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses nachdrücklich dazu auf,
 - a. die Lage in Syrien genau zu beobachten, um die Gefahren für die Türkei zu mildern, die aus den Entwicklungen in der Syrienkrise an der südöstlichen Grenze der NATO herrühren;

* Vom Politischen Ausschuss vorgelegte und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

- b. einen gemeinsamen Ansatz für diese Krise zu verabschieden, der einen vereinbarten Fahrplan für die Beendigung des Konflikts sowie Unterstützung für die Syrer beim Aufbau eines pluralistischen, inklusiven und stabilen Syriens einschließt;
 - c. Russland und China weiter dazu zu drängen, die Verabschiedung einer robusten Syrien-Resolution im UNO-Sicherheitsrat zu unterstützen, die Basis für eine politische Lösung sein kann;
 - d. die syrische Opposition dabei zu unterstützen, die derzeitigen Spaltungen zu überwinden, die Versöhnung zwischen den Ethnien und den konfessionellen Gruppen zu fördern, den Einfluss der Extremisten einzudämmen und den seitens der Opposition verübten Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen;
 - e. die humanitäre Hilfe für Syrien zu verstärken und mehr materielle Hilfe für Länder zu leisten, die derzeit Hunderttausende syrische Flüchtlinge beherbergen;
14. **FORDERT** die Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrats **DRINGEND DAZU AUF**,
- a. ihre Bemühungen zur Überwindung ihrer Meinungsverschiedenheiten zu verstärken und eine einheitliche Position im Hinblick auf die Syrien-Krise anzunehmen;
 - b. einen politischen Prozess unter syrischer Führung zu billigen, der zu einer friedlichen Lösung des Konflikts führen könnte;
 - c. in Absprache mit den maßgeblichen UNO-Agenturen, der Arabischen Liga und Syriens Nachbarn Maßnahmen zur Hilfe für diejenigen in Erwägung zu ziehen, die vor der schrecklichen Gewalt in Syrien fliehen;
 - d. alle erforderlichen Schritte einzuleiten, um auf den potenziellen Einsatz oder den Transfer von Syriens Chemiewaffenarsenal zu reagieren.

E n t s c h l i e ß u n g 4 0 0

betreffend

DAS IRANISCHE NUKLEARPROGRAMM*

Die Versammlung,

1. **mit voller Unterstützung** für die Bemühungen der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und Deutschlands (P5+1) um eine umfassende, verhandelte und langfristige Lösung für den iranischen Nuklearstreit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und eines schrittweisen Ansatzes, der das internationale Vertrauen in die ausschließlich friedfertige Natur des iranischen Nuklearprogramms unter Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags (NVV) wiederherstellt;
2. **mit dem Ausdruck ihres aufrichtigen Bedauerns darüber**, dass die jüngsten diplomatischen Annäherungsversuche gegenüber dem Iran auf iranischer Seite allgemein auf Desinteresse gestoßen sind und dass die Fortschritte auf dem Weg zu einer diplomatischen Lösung bisher vernachlässigenswert waren;
3. **unter Hervorhebung**, dass eine solche diplomatische Lösung im langfristigen Sicherheitsinteresse des Irans sowie im Interesse des iranischen Volkes ist;
4. **unter nachdrücklicher Verurteilung** der fortgesetzten Nichteinhaltung der Abkommen über Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) durch den Iran sowie dessen Nichtbefolgung der maßgeblichen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates;
5. **mit ernster Besorgnis feststellend**, dass die IAEO noch immer nicht in der Lage ist, eine glaubhafte Versicherung darüber abzugeben, dass es im Iran kein nicht deklariertes Atommaterial und keine nuklearen Aktivitäten gibt, und daher ebenfalls nicht in der Lage ist, zu dem Schluss zu kommen, dass das gesamte Nuklearmaterial im Iran friedlichen Zwecken dient;
6. **mit ernster Besorgnis feststellend**, dass der Iran dem Punkt immer näher kommt, an dem er in der Lage ist, Atomwaffen zu entwickeln, wenn er dies beschließen sollte, **in Anerkennung der Tatsache**, dass eine solche Fähigkeit eine Bedrohung für die regionale Stabilität, die weltweite Sicherheit und den Atomwaffensperrvertrag sowie die vitalen Interessen bestimmter Staaten darstellen würde, sowie **in Anerkennung dessen**, dass für diese Staaten der Zeitpunkt kommen könnte, präemptive Maßnahmen zu ergreifen;
7. **in Anerkennung** des potenziellen Werts einer Schonfrist, bis zu der der Iran nicht dafür bestraft würde, andere frühere nukleare Aktivitäten, die nicht im Einklang mit seinen internationalen Verpflichtungen standen, einzuräumen;
8. **in Anerkennung** des nach dem Atomwaffensperrvertrag (NVV) unveräußerlichen Rechts des Iran, Forschung zur Atomenergie zu friedlichen Zwecken zu betreiben, diese zu erzeugen und zu nutzen, jedoch **unter Hervorhebung**, dass dies gemäß den Bestimmungen des NVV von der nachprüfbaren Beweisführung abhängt, dass das Nuklearprogramm des Iran ausschließlich friedlichen Zwecken dient;
9. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH DAZU AUF**,
 - a. die von den P5+1 geführten Verhandlungen und die Bemühungen der IAEO weiterhin voll und ganz zu unterstützen;
 - b. gemeinsam auf eine diplomatische Lösung für die iranische Nuklearfrage hinzuarbeiten;
 - c. ihre Bemühungen für die Ausarbeitung eines Pakets positiver Anreize zu verstärken, die den Iran davon überzeugen könnten, eine gangbare Lösung für den Atomstreit zu finden, auch durch die Erkundung der Möglichkeit der Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten mit dem Ziel der Schaffung dauerhafter Stabilität und Sicherheit in der Region;

* Vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie vorgelegt und von der Plenarversammlung am Montag, den 12. November 2012 in Prag, Tschechische Republik, verabschiedete Entschließung.

- d. unter der breitestmöglichen Teilnahme von Staaten eine neue Reihe von Sanktionen auszuarbeiten und diese zu verhängen, falls klar werden sollte, dass der Iran die Einleitung wesentlicher Gespräche weiter verweigert;
- 10. **FORDERT** den Iran nachdrücklich dazu auf,
 - a. mit den Mitgliedstaaten der P5+1 mit der aufrichtigen Bereitschaft und in gutem Glauben Gespräche und Verhandlungen über den Nuklearstreit einzuleiten;
 - b. alle seine Verpflichtungen nach den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und des Gouverneursrats der IAEO in vollem Umfang und unverzüglich einzuhalten;
 - c. die Zusammenarbeit mit der IAEO mit dem Ziel zu verstärken, unverzüglich zu einem strukturierten Ansatz zu gelangen, der alle ungelösten Fragen mit der IAEO klären würde, und alle Anforderungen der IAEO rasch zu erfüllen, insbesondere
 - i. die erneute Umsetzung des geänderten Code 2.1;
 - ii. die erneute Umsetzung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls und
 - iii. die Gewährung eines zügigen Zugangs zum Militärkomplex Parchin;
 - d. seine Bereitschaft zu einer diplomatischen Lösung zu beweisen, indem er sich zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen verpflichtet, darunter
 - i. Einstellung der Urananreicherung auf Werte leicht unter 20% für Uran-235;
 - ii. alles bis auf diese Werte angereicherte Uran zur Brennstoffherstellung ins Ausland zu schicken;
 - iii. Einfrieren der Anreicherung in der Brennelemente-Anreicherungsanlage Fordow;
 - e. von Erklärungen und Maßnahmen abzusehen, die die Glaubwürdigkeit der IAEO und ihres Personals unterminieren;
 - f. von Maßnahmen abzusehen, die als ein Vorwand für die Anreicherung von Uran auf Werte von sogar mehr als 20% für Uran-235, eventuell sogar auf Waffenniveau, betrachtet werden könnten, beispielsweise den Bau von atomgetriebenen Schiffen und Atom-U-Booten;
 - g. davon abzusehen, explizit oder implizit mit einem militärischen Angriff gegen einen und alle Mitgliedstaaten und Partnerstaaten der NATO zu drohen;
 - h. mit der internationalen Gemeinschaft zur Förderung der regionalen Sicherheit und Stabilität zusammenzuarbeiten;
- 11. **FORDERT** alle Staaten nachdrücklich dazu auf,
 - a. ihre Anstrengungen, sich strikt an die vom UN-Sicherheitsrat gegen den Iran verhängten Sanktionen zu halten, fortzusetzen und zu verstärken.